

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stapingh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Versand-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 30 4.

—••• Zum zehnten Verbandstag. —•••

Zu außergewöhnlicher Zeit tritt der zehnte Verbandstag zusammen. Sonst versammelten sich die Vertreter der deutschen Maurerschaft im Frühjahr, wenn uns die wieder beginnende Bautätigkeit an die Arbeit, jeden an seinen Platz rief. Diesmal fällt unsere Tagung in die Zeit, wo der Sommer zur Neige geht und der Herbst sich leise ankündigt. Sonst hatten wir die Arbeiten des Jahres vor uns, diesmal sind sie so gut wie erledigt. Aber trotz des ganz anderen Zeitpunktes unserer Tagung wird sich ihr äußerer Verlauf kaum von dem der vorhergegangenen Verbandstage unterscheiden. Wie immer, hat der Verbandsvorstand, haben die übrigen zentralen Verbandskörperschaften dem Verbandstage Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten. Wie sonst wird man sich mit dem Gewerkschaftskongress, mit den internationalen Beziehungen, die unser Verband unterhält und pflegt, zu befassen haben. Ebenso ist diesmal wie sonst immer über die Abänderungsvorschläge zum Statut zu beraten und zu beschließen. In allen diesen Fragen wird sich der zehnte, außerordentliche Verbandstag kaum von einem seiner Vorgänger wesentlich unterscheiden. Aber gleichwohl ist der Verbandstag nicht nur als ein außerordentlicher einberufen worden, sondern er wird auch in seinen Ergebnissen den Namen eines außerordentlichen rechtfertigen.

Was den zehnten Verbandstag, bedeutungsvoll macht, das sind die Verhandlungen über den sechsten Punkt der Tagesordnung: Lohnbewegung und Tarifverträge. Hauptächlich dieser Frage wegen ist der Verbandstag zu solch ungewöhnlicher Zeit einberufen worden. Was zu dieser Sache zu sagen ist, ist keineswegs als nachträgliches Gerede über vollzogene und nicht mehr zu ändernde Tatsachen anzusehen. Die Ansprache wird im Gegenteil ebenso hochbedeutend sein, wie sie unumgänglich notwendig ist.

Die letzte Lohnbewegung hatte den Verband vor Aufgaben gestellt, wie sie in dieser Art zum ersten Male an ihn herantraten. Noch in keinem Jahre hatte der Verband die Lohn- und Arbeitsbedingungen für einen so großen Teil seiner Mitglieder neu zu regeln wie diesmal, und noch nie seit Bestehen des Verbandes wurde über alle Streitfälle an einer Stelle verhandelt. Das waren für uns völlig neue Erscheinungen, die erst möglich waren, als sich auf beiden Seiten, bei uns wie bei den Unternehmern, die Organisationen soweit entwickelt hatten, daß sie als in jeder Hinsicht maßgebende Vertreter der streitenden Teile gelten konnten. Was jedoch diese neuen Aufgaben so ungeheuer schwierig machte, das war, daß sie in eine Zeit wirtschaftlichen Niederganges fielen, der die Erfolgsmöglichkeiten für die Arbeiter stark verminderte. Das zusammengekommen machte es erklärlich, daß sich der Kollegenschaft hier und da eine gewisse Nervosität bemächtigte, die teilweise mit einem reichlichen Quantum Mißtrauen vermischt war. Die ungewöhnliche Lage brachte es mit sich, daß die an der Lohnbewegung beteiligten Kollegen oftmals tatlos zusehen mußten, wo sie am liebsten mit Eifer und Ungestüm zugegriffen hätten, um die Lösung der schwebenden Konflikte zu erzwingen. Aber nur wenigen Kollegen war die Möglichkeit gegeben, direkt tätig zu sein, an den vorbereiteten Konferenzen und an den folgenden Verhandlungen teilzunehmen. Und obwohl in vielen Artikeln im „Grundstein“ wie in unzähligen Versammlungen die Sachlage klar und gründlich geschildert wurde, fehlte doch vielen Kollegen der Ueberblick über die Gesamtbewegung, das Verständnis für ihre Bedeutung und für die zwingende Notwendigkeit, so zu verfahren, wie es geschah. Aus der Unklarheit erwuchs

dann die Unruhe und aus der Unruhe die Unzufriedenheit, die sich erst recht kund tat, als die mageren Ergebnisse der so endlos langen Verhandlungen bekannt wurden.

Man war unzufrieden, weil die sehr berechtigten weitergehenden Wünsche bezüglich des Lohnes nicht befriedigt werden konnten; aber diese Unzufriedenheit übertrug sich nun auf alles, was mit der Bewegung in irgend einer Verbindung stand: auf die Kollegen in den leitenden Stellen, auf die Art der Verhandlung, auf die Tarifverträge überhaupt, auf die Einrichtungen des Verbandes usw. Wäre das Ergebnis der Verhandlungen besser gewesen, so wäre jedenfalls manche überschwärmte Proteststimmung nicht gehalten worden. Indes, die Streitfragen sind nun einmal aufgerollt, und so müssen sie entschieden werden. Das ist ein Teil der Aufgabe des Verbandstages. Er muß sich entscheiden, welche Stellung der Verband zu der augencheinlichen Entwicklung des Tarifwesens einzunehmen hat, wie künftige Verhandlungen zu führen sind und wie fortan über die Ergebnisse der Verhandlungen entschieden werden soll.

Dieser hier zu schaffenden Richtlinien für die Zukunft sollten zugleich maßgebend sein für die Art, wie man die Geschicke der Vergangenheit beurteilt. Gewinnen die Kollegen die Ueberzeugung, daß man in dieser oder jener Frage der Lohnbewegung auch künftig wieder so handeln muß, wie es diesmal geschah, so dürfen sie die verantwortlichen Leiter des Verbandes nicht tadeln, weil sie sich diesmal schon der Notwendigkeit beugten. Was man als sachliche Notwendigkeit erkannt hat, soll man nicht darum tadeln, weil es sich etwa nicht mit dem Verbandsrecht und Verbandsherkommen deckt, sonst würde der Buchstabe den Geist töten. Nichts aber wäre für eine große Organisation, die stets mit dem lebendigen Fuß der Zeit gleichen Schritt halten muß, gefährlicher als das. Nicht der Buchstabe darf regieren, sondern der auf das Zweckmäßige gerichtete Gesamtwille der Organisation. In diesem Geiste müssen die Erörterungen geführt werden; man soll sich nicht an Unflexibilitäten festklammern, man soll aber auch nicht, weil man sich den Kollegen gegenüber vielleicht festgelegt hat, halsstarrig in einer vorgefaßten Meinung verharren, sondern man soll sich endlich bemühen, aus den vorgetragenen Gründen zu lernen und sich nicht scheuen, die dadurch gewonnene Einsicht freimütig zu bekennen. Wenn jeder zum Verbandstag gekommene Kollege seine Aufgabe so auffaßt, so wird das Ergebnis der Beratungen über Lohnbewegungen und Tarifverträge uns alle befriedigen. Es handelt sich ja nicht nur darum, ein Urteil über die verflochtene Bewegung abzugeben, sondern wir haben auch die viel wichtigere Pflicht, unsere künftige Marschrichtung abzustecken.

Neben dieser hochwichtigen Angelegenheit wollen wir aber auch die Bedeutung der anderen Beratungsgegenstände nicht unterschätzen. Dadurch, daß die Lohnbewegungen gesondert behandelt werden, wird bei der Diskussion über den Vorstandsbericht um so mehr Zeit sein zu einer gründlichen Aussprache über die Agitation. Es kann heute kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß uns die Krisis in vielen Teilen des Verbandsgebietes Mitglieder abtrümmeln werden läßt, und daß der Zugang an neuen Mitgliedern nicht so stark ist, als daß er den Verlust ganz wieder ausgleichen könnte. Das kann uns nicht überraschen, bei jedem Zurückfluten der Konjunktur war das bisher wahrzunehmen; aber wir müssen uns Mühe geben, diese gefährliche Wirkung durch eine vermehrte und verbesserte Agitation und durch eine möglichst straffe Verwaltung abzufschwächen.

Von den vielen Anträgen zum Statut wird der Verbandstag alle die zurückweisen müssen, die auf eine Vermehrung der Unterstützungseinrichtungen abzielen. Die nächste Zukunft stellt an unsere Kampfbereitschaft so hohe Anforderungen, daß an eine Erfüllung derartiger Wünsche gar nicht zu denken ist. Es ist für das gewerkschaftliche Leben unserer Zweigvereine ein gutes Zeugnis, daß diese Anregungen in so großer Zahl zu jedem Verbandstag wiederkehren; aber man begnüge sich damit, die Anregung gegeben zu haben und bestrebe nicht auf ihre baldige Verwirklichung. Aus diesem Grunde halten wir Neben für die Arbeitslosenunterstützung oder für die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf das ganze Jahr für nutzlose Mühe. Anders ist es natürlich mit den Anträgen, die sich mit anderen Gegenständen (Verwaltung usw.) beschäftigen. Hier wird der Verbandstag scharf prüfen müssen, was etwa von diesen aus der Verbandspraxis geborenen Vorschläge für die Gesamtheit förderlich ist.

Der Verbandstag wird sich auch mit der Bureaufrage zu befassen haben. Mit der Mitgliederzahl ist auch die Arbeit im Hauptvorstande und damit hinwiederum das Bedürfnis nach größeren Büroräumen gewachsen. Dieses Bedürfnis konnte zunächst durch Mietung eines zum Gewerkschaftshause gehörenden Wohnhauses befriedigt werden. Der Mietvertrag läuft nun aber bald ab und wird nicht wieder erneuert werden, da das Haus abgebrochen und sein Platz zu Erweiterungsbauten für das Gewerkschaftshaus benutzt werden soll. Der Verband muß sich also neue Büroräume suchen. Das ist keineswegs so einfach; besonders muß der Verband darauf sehen, daß er Räume bekommt, die ihm für eine längere Zeit gesichert sind, denn eine so große Verwaltung kann natürlich nicht alle paar Jahre umziehen. Da die Beschaffung von Räumen für längere Zeit voraussetzt, daß auch der Sitz des Verbandes in absehbarer Zeit nicht verlegt wird, so mußte auch diese Frage mit auf die Tagesordnung des Verbandstages gesetzt werden.

Die Einführung neuer Mitgliederlegitimationen wird unter zwei Gesichtspunkten zu betrachten sein. Einmal handelt es sich um die Durchführung der Beschlüsse der internationalen Maurerkonferenz, zum anderen darum, der Vergendung von Verbandsmitteln bei Neuaufnahmen ein Ziel zu setzen. Das ist umso mehr geboten, als die den internationalen Vereinbarungen entsprechenden Mitgliedsbücher einen größeren Kostenaufwand verursachen werden. Auch in diesem Punkte werden lebendig Verbandsinteresse und Zweckmäßigkeit entscheiden.

Die Aufgabe der Verbandstagsbelegierten ist es, mit ruhiger Sachlichkeit an die der Entscheidung harrenden Fragen heranzutreten, sie zu prüfen mit dem ernstlichen Willen, dem Wohle der Gesamtheit der Kollegenschaft zu dienen. Keine andere Rücksicht dürfen sie kennen. Die ihnen zugesandten Vorlagen sollen sie studieren und sich darüber gründlich unterrichten, aber sie sollen sich kein Vorurteil bilden. Nicht der einzelne soll entscheiden wollen, sondern die geistige Kollektivarbeit aller Delegierten muß sich zur Lösung der wichtigen Fragen vereinen. So will es das Wohl des Verbandes, so verlangt es der Geist der Arbeiterbewegung. Dieser Geist will die berechtigten Massen des werktätigen Volkes herausführen aus der Enge und dem Elend des heutigen Proletariats und sie dazu erziehen, an dem Aufbau einer neuen Gesellschaft mitzuarbeiten. Möge unser zehnter Verbandstag eine herrliche Manifestation dieses Geistes der Arbeiterbewegung werden.

Vom Militarismus.

Das neuzeitliche Heerwesen der Festlandsstaaten ist aufgebaut auf dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht. Daraus knüpfen sich einmal recht große Hoffnungen. Als sich Preußen nach der Demütigung durch den großen Napoleon zu Reformen auftraf und dazu der bis dahin verachteten bürgerlichen Intelligenz bediente, da änderte es auch auf deren Drängen sein Heerwesen, indem es an Stelle des früheren Wundgeprügelten und ausgehungerten Söldnerheeres das „Volksheer“ setzte, bei dem der Grundgedanke galt, daß jeder Staatsbürger zum Waffendienst verpflichtet sei und sich in dieser Pflicht nicht vertreten lassen könne. Die Schöpfer dieser großen Reform des Heerwesens verfolgten damit zwei Ziele. Einmal sagten sie sich, daß die richtige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht die Wehrhaftigkeit des Landes ganz gewaltig steigern müßte. Es sei damit möglich, das ganze Volk, soweit es zum Waffendienst fähig sei, im Gebrauch der Waffen zu üben, so daß man also statt eines verhältnismäßig kleinen Heeres ein ganzes Volk in Waffen hätte, das erforderlichfalls ins Feld gestellt werden könnte. Zweitens glaubte man in einem solchen „Volksheer“ eine gewisse Garantie dafür zu haben, daß die bewaffnete Macht nicht einseitig im Interesse der herrschenden Klasse verwendet werden könnte. Ein Heer, dessen Zusammensetzung ständig wechselte, das stets aus dem Volke ergänzt würde, müsse auch in sich den Geist des Volkes tragen, könnte stets nur für das Volk, aber nicht gegen das Volk verwendet werden. So präsentierte man die allgemeine Wehrpflicht als ein Palladium der Volksrechte, als die stärkste Bürgschaft der Demokratie.

Von diesen Erwartungen hat sich nur die erste erfüllt. Diese allerdings in volstem Maße. Die Wehrkraft der zur allgemeinen Wehrpflicht übergegangenen Länder hat sich in früher gar nicht denkbarer Weise entwickelt. Deutschland kann heute ohne Schwierigkeiten innerhalb weniger Wochen mehr als zwei Millionen Soldaten ins Feld schicken, ohne damit, was Mannschaften anbelangt, an die Grenze seiner Kraft gekommen zu sein. Wohl gemerkt, was die Mannschaften anbelangt; ob es diese Klasse erhalten könnte, ob es in der Lage wäre, die Kosten einer solchen Feldarmee auch nur zwei Monate lang zu bestreiten, ist eine andere Frage. Die zweite Erwartung, daß das auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhende Heer eine Macht für das Volk sein müßte, hat sich durchaus nicht erfüllt. Das scheint auf den ersten Blick sonderbar zu sein; aber doch wird es uns ganz klar, wenn wir der Sache weiter nachgehen.

Die Gewalt ist und wirkt stets reaktionär. Selbst wenn sie sich in den Dienst der Revolution stellt, tritt die ihr innewohnende reaktionäre Tendenz früher oder später hervor und verschlingt die Revolution und ihre Schöpfungen. Dafür bietet uns die englische Geschichte in Cromwell und die Geschichte Frankreichs in Napoleon sehr schlagende Beispiele. Die Gewalt ist ein Feind des Rechtes. Wie jedoch die modernen „Volksheere“ statt Vollwerke der Volksrechte solche der herrschenden Klassen geworden sind, hängt weniger mit dem reaktionären Wesen der Gewalt und ihrer Werkzeuge als mit dem Wesen des heutigen Staates und mit der Klassenentwicklung zusammen.

Nach der Lehre vom Staat stellt dieser als neutrale Gewalt über den durch ihre widerstehenden Interessen geschiedenen Volksteilen. Er soll für den Interessentkampf der einander gegenüberstehenden Klassen der Regulator sein,

der die Gegensätze ausgleicht und in den Kämpfen das Gesamtinteresse, das Wohl des Ganzen, wahr und vertritt. Das ist der Grundbegriff der Staatstheorie; der Theorie, wohl verstanden! Diese Theorie ist aber nie verwirklicht worden und sie kann nicht verwirklicht werden, solange das Volk durch Klassengegenstände zerklüftet ist. Denn solange es Klassen und damit Klassenkämpfe gibt, wird notwendig jede Klasse danach streben, die Staatsgewalt in ihre Hände oder doch unter ihren Einfluß zu bekommen. Welcher das gelingt, die ist in Wahrheit die herrschende Klasse geworden. Sie wird nun natürlich die erlangte Gewalt in ihrem Klasseninteresse benutzen und allen staatlichen Einrichtungen ihren spezifischen Stempel aufdrücken. Von untergeordneter Bedeutung ist dabei, inwieweit sie sich bemüht und es ihr gelingt, den neutralen Charakter des Staates zum Schein zu erhalten, den Grundgedanke von der höheren Gerechtigkeit des Staates zu retten. Es gibt hierin nur graduelle Unterschiede. Ein Jüngerregiment, wie wir es in Preußen haben, wird sich den Fesseln um die Lehre vom „neutralen Staat“ kummern und sich kaum bemühen, den Charakter des Klassenstaates irgendwie zu verbergen; eine konstitutionelle, liberale Regierung, wie beispielsweise die englische, wird vielleicht großen Wert darauf legen, die Tatsachen des Klassenstaates nicht so zum allgemeinen Bewußtsein kommen zu lassen. Indes die Tatsache bleibt hier wie dort, daß der Staat nicht der Sachwalter des ganzen Volkes, sondern nur der der jeweils herrschenden Klasse ist. Sie ist unabänderlich, solange die Klassengesellschaft besteht.

Damit rechnen jene Leute nicht, die in dem auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhenden Heer ein Volksheer erblicken.

So wie alle staatlichen Einrichtungen Werkzeuge der herrschenden Klassen geworden sind, so ist es auch das Heer geworden. Wir haben eine Klassenrechtspflege, eine Klassenverwaltung, wir haben eine Wirtschafts- und Steuerpolitik, die dem Interesse der herrschenden Klassen dient und wir haben auch ein Klassenheer. Die vollständige Auffassung vom Zweck des Heeres, daß es berufen sei, Land und Volk vor feindlicher Gewalt zu schützen, trifft längst nicht mehr zu, wieviel sie auch von den Nutznießern des Heeres vorgebracht werden mag. Das Heer ist ein Werkzeug des Kapitalismus geworden und dessen Zweck hat es zu dienen. Es ist die Macht, die in die Wagschale geworfen wird, wenn es sich um die Eroberung neuer oder um die Sicherung alter Absatzgebiete für die Erzeugnisse der kapitalistischen Industrie handelt, und es ist die Macht, die der Kapitalismus den unterdrückten Klassen entgegentritt, wenn diese ihm den Besitz der Staatsgewalt streitig machen wollen.

Diesem Zweck entspricht die Organisation des Heeres. Die Kommandostellen werden nur mit Angehörigen der herrschenden Klassen besetzt, das Volk bringt nicht in sie hinein. Die Auswahl der Offiziere ist so sorgfältig, daß es ausgeschlossen ist, daß ein oppositionell denkender Staatsbürger mit durchschießen könnte. Die unteren Vorgesetzten aber, für deren Stellen sich kein Glied der herrschenden Klassen begierren kann, die man darum aus der Masse der Unterdrückten nehmen muß, löst man aus dem Zusammenhang mit ihrer Klasse, indem man sie, ebenso wie die Offiziere, zu Berufs-soldaten macht, die keinerlei Verbindung mehr mit dem Volke haben. Diese Entfremdung gelingt durch ein raffiniertes Drill- und Erziehungssystem,

und sie gelingt um so eher, je mehr schon bei der Auswähl dieser Elemente darauf gesehen wird, möglichst nur Leute mit recht wenig Verständnis für die Klassengegenstände unserer Zeit zu bekommen.

So hat man, indem man die Kommandostellen mit willfährigen Werkzeugen der herrschenden Klassen besetzt hat, das ganze Heer in der Hand. Denn durch die Vorgehensart aller Grade kann man die fortwährend wechselnde Masse der gemeinen Soldaten völlig im Zaume halten. Allerdings auch wieder nur durch ein barbarisches Erziehungssystem, das jede freie und selbständige Regung, jede Auflehnung mit qualvollen Schikanen und mörderischen Strafen unterdrückt. Auf diese Weise haben es die herrschenden Klassen verstanden, sich in den Heerenden Heeren furchtbare Waffen zur Verteidigung ihrer Machtposition zu schaffen. Wo immer die Probe aufs Exempel gemacht wurde, da hat sich gezeigt, daß das Heer auch im Kampfe gegen den „inneren Feind“, d. h. gegen die eigenen, beschlossenen Volksgenossen, „zuverlässig“ ist. In Frankreich, in Italien, in der Schweiz sind streifende Arbeiter von den Augen des „Volksheeres“ niedergedrückt worden. Und das bisher deutsche Heer von diesem Schicksale — von einigen früheren Fällen abgesehen — verschont geblieben, ist wahrlich nicht das Verdienst des Heeres.

Soll es nun immer so bleiben? Soll alle Arbeit für politischen und kulturellen Fortschritt ewig an den Armen des Kapitalismus scheitern? Das sind Fragen, die für die Arbeiterbewegung von großer Bedeutung sind. Denn so fest und wahr der Wille des Proletariats ist, seine Kämpfe nicht durch blutige Gewalttat entweihen zu lassen, so fest ist auch der Wille der herrschenden Klassen, als letztes Mittel zur Verteidigung ihrer Machtposition das Heer auf das Volk zu heben.

Daraus ergibt sich die Aufgabe für die vorwärts strebende Arbeiterschaft, den herrschenden Klassen diese Säule ihrer Macht zu entziehen. Rasch und tödlich wäre es jedoch, dabei die Wege der sogenannten „Antimilitaristen“ zu wandeln. Damit diese Leute den reaktionären Charakter des Militarismus beseitigen wollen, wissen sie selber nicht, wiewenig haben sie es bisher noch nicht gezeigt. Soweit ihr Streben auf die Beseitigung des Militarismus überhaupt gerichtet ist, ist es, für sich betrachtet, eine Kinderei, weil ein unterrichteter Mensch wissen sollte, daß Kapitalismus und Militarismus notwendig zusammengehören, weil der erste nicht ohne den zweiten bestehen kann. Es ist darum ein ganz vergebliches Bemühen, durch eine noch so aufgeregte oder aufregende Agitation der Kapitalismus zum Aufgeben seiner stärksten Position zu veranlassen. Und ausichtslos wäre es auch, den reaktionären Charakter des Heeres durch Einwirkung auf einzelne Angehörige des Heeres zu ändern. Man könnte einzelne Leute beeinflussen, vielleicht nicht einmal für dauernd, aber auf den Gesamtcharakter des Heeres hätte das gar keinen Einfluß. Der einzige Erfolg wäre vielleicht, daß man der Militärjustiz einige Opfer mehr vorgeworfen hätte.

Es gibt auch auf diesem Gebiet keine andere Methode als die, die wir für unseren ganzen Kampf als die allein zweckmäßige anerkannt haben. Sie besteht in der Demokratisierung der von uns bekämpften Einrichtungen. So wie wir den Kapitalismus dadurch bekämpfen, daß wir den Einfluß der Arbeiter auf die Produktion und den Austausch der Waren erhöhen, so wie wir den Kapitalismus

Bum Verbandsdag.

In erster Zeit zu erstem Tun
Sie nun aufzukommen,
Die als Vertreter wir erwählt,
Zu richten und zu raten.
Zu richten, ob für den Verband
Was mußte, ist geschehen;
Zu raten, welche Wege wir
In Zukunft müssen gehen.

Bracht uns dies Jahr auch keinen Sieg,
Wir brauchen nicht zu klagen,
Voll Kleinmut nicht an unserm Werk,
Dem Fortschritt zu verzagen;
Uns hat die Kriege nur gelähmt,
Sie wird sich wieder heben,
Und kampffroh werden vorwärts wir
Zu unsern Zielen streben!

Immer sehen wir auch überall
Den Feind sich fräftig regen;
Gewaltiger als je zuvor
Marchiert er uns entgegen.
Bekam er doch die Einigkeit
Von uns so oft zu spüren,
Daß er von uns nun hat gelernt
Erprobte Waffen führen.

Auf dem, Kollegen allerwärts,
Laßt euren Mißmut fahren!
Daß unsre Rechte, schwer erkämpft,
Die Rechte last uns wahren!
Woher wären wir der Kruke wert,
Sollt's unserm Feind gelingen,
Uns unter seine Diktatur
Einst wiederum zu zwingen.

Nein, aufwärts sind durch Einigkeit
Wir jahrelang gekommen,
Und aufwärts wollen wieder wir
Sobald die Zeit gekommen! —
Und trat einmal ein Stillstand ein,
Das macht uns keine Sorgen;
Was wir uns heute nicht erkämpfen,
Erkämpfen wir uns morgen!

Wohlan! Mög' unser Parlament
Nun prüfen Weg und Waffen,
Mög' es uns breite, freie Bahn
Zu künftigen Siegen schaffen!
Wir alle aber wollen fröhlich
Die Werbetrommel rühren
Und alle Maurer, Mann für Mann,
In unsre Reihen führen!

Und sind die Reihen dicht besetzt,
Geb' es für uns kein Weichen!
Was wir uns fest als Ziel gesetzt,
Das müssen wir erreichen!
Ein fester Fels sei der Verband,
Was auch die Feinde treiben.
Er war der deutschen Maurer Stolz
Und soll's in Zukunft bleiben!

August Ellinger.

Drahtlehnmwände.

Von Fred Good.

(Nachdruck verboten.)

Wenn uns ein Zufall nach ländlichen Bezirken führt, dann bewundern wir nicht selten die alten Bauernhäuser, die unter Verwendung des wohlfeilsten Baumstoffes, nämlich aus Lehm errichtet sind und dabei doch ihren eigenen Reiz bewahrt haben. Daß diese Gebäude zum Teil ver-

wahrloft und verfallen sind, darf uns nicht wundern; denn bei der heutigen Meinung der Landbewohner, alles nachzumachen, was sie in den Städten gesehen haben, mag es auch viel feurer und ungewöhnlicher sein, ist es natürlich, daß die Lehmgebäude fast nur von der ärmsten Bevölkerung bewohnt werden, während der reiche Bauer oder Adelsbürger natürlich in einem modernen Ziegelsteingebäude wohnen muß. Aber wenn man es recht bedenkt, haben auch die Architekten und Baumeister den Lehmbau vernachlässigt — nichts so seiner Fortentwicklung getan.

Ich habe schon vor Jahren in einem Artikel „Lehm als Baustoff“, der durch zahlreiche technische Zeitschriften ging, auf die Vorzüge der fast vergessenen Lehmgebäude hingewiesen. Das Material findet sich fast überall im deutschen Reich, man hat es niemals auf weiten Strecken zu besorgen, es ist außerordentlich plastisch, so daß es jede beliebige Form annimmt; auch besitzt der geformte Lehm eine ziemlich bedeutende Tragfähigkeit, die jedenfalls für die ein- und zweigeschossigen Gebäude ländlicher Bezirke mehr als ausreichend ist. Ferner ist zu beachten, daß kostbare Material nicht nur zur Herstellung der Wände, sondern ebenso sehr auch zur Fußboden- und Deckenbildung geeignet ist, so daß fast die ganze Bauarbeit wesentlich vereinfacht. Ich habe ferner darauf hingewiesen, daß man in den südwestlichen Gebieten der Vereinigten Staaten ganz alte Gebäude antreffe, die anscheinend aus einem sehr soliden Steinmaterial errichtet sind; bei näherem Zusehen erweisen sich die Quadern als gehärtete Lehmblöcke, die an der Sonne getrocknet wurden. Diese Erfindungen zeigen uns, daß es nur die Feuerungsfrage ist, welche die Lehmgebäude veranlaßt, von dem Lehmbau abzugeben; würden aber die Architekten dieses Gebiet etwas mehr mit ihrem Geiste befrachten und die Lehmhäuser bei aller Einfachheit nach künstlerischen Prinzipien gestalten und vor allen Dingen den Lehmbau auf ein konstruktiver Sinnfeld verwickeln, so würde diese vor-

durch Aufklärung und Organisation der Arbeiter immer mehr von uns abhängig machen, so muß auch der Einfluß des Volkes auf den Militarismus ausgedehnt, erweitert und erhöht werden. Dazu gehört allerdings vielerlei, dazu gehört vor allem viel Zeit; aber wir haben uns ja mit unserer wachsenden Erfahrung auch mehr und mehr damit vertraut gemacht, daß die Verwirklichung unserer Ideen nicht das Werk einiger Jahrzehnte sein kann.

Es handelt sich zunächst darum, den Soldaten mehr Freiheit zu schaffen, die Schindereien, die sie jetzt ertragen müssen, zu beseitigen und das Kasernenleben dadurch von dem Druck zu befreien, der jetzt die Leute blind und teilnahmslos für das Leben außerhalb ihres Dienstbereichs macht. Dazu gehört weiter die Beseitigung der besonderen militärischen Gerichtsbarkeit, die sich jetzt alljährlich einige Hundert Opfer holt (eine Statistik wird darüber nicht veröffentlicht) und die wegen fast durchweg sehr harmloser Vergehen auf Jahre einkerkt. Fordern wir dazu eine starke Verklüftung der Dienstzeit und eine bessere Verpflegung der Mannschaften, so wäre das hauptsächlichste genannt, wozu es bedarf, um in das Soldatenleben das feinsinnige und geistige Reglement zu bringen, um auch in die Kasernen, in diese starken Zwingburgen der Jugend einen Hauch des Zeitgeistes bringen zu lassen. Denn darauf kommt es ja einzig an: das dem Volksleben entfremdete Heer wieder dafür zurückzuführen.

Das genügt indessen nicht allein, solange nicht auch für die Befreiung der Kommandostellen andere Grundzüge geschaffen worden sind. Heute sind die dafür zuständigen Stellen völlig souverän, sie haben nach außen hin keine Verantwortung. Diese wäre auch erst durch eine Demokratisierung unserer allgemeinen politischen Zustände zu schaffen. Dann erst würden die Entwürfen innerhalb des Volkes auch ins Heer dringen, und dann erst könnte dies ein Volksherr werden, ein wahres Palladium der Volksrechte und der Volksfreiheit.

Eine solche Umwandlung kann sich natürlich nicht in wenigen Jahren vollziehen, sie ist eng mit dem ganzen Kampf der Arbeiterklasse verbunden; aber hier wie dort bedarf es des stetigen Kampfes für das Ziel. Wie nötig dieser Kampf gerade im Hinblick auf den Militarismus ist, und wie sehr gerade er geeignet ist, uns noch ferntreffende Kreise zu erobern, das zeigen die unablässigen Mißhandlungen der Soldaten durch sogenannte Vorgesetzte. Kürzlich ging der Bericht über einen Prozeß durch die Presse, wonach ein Feldwebel des 1. Garde-Feldartillerie-regiments wegen 600 Soldatenmißhandlungen, wobei sich ein Mann, um den einzigen Quälereien zu entgehen, das Leben genommen hatte, zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Man denke 600 Mißhandlungen — wieviel Leute werden darunter gelitten haben! Und dabei ist dieser Fall gar keine so große Seltenheit. Können alle Soldatenmißhandlungen an den Tag und müßten deren Verläufer alle den Abschied nehmen, die deutsche Armee verlöre, gering geschätzt, mindestens neun Zehntel aller Egarigierten. Das ist keine Uebertreibung! Man kann demgegenüber gar nicht oft genug betonen, daß die Mannschaften von ihrem zwar sehr fragwürdigen Selbstvertrauen ohne Scheu und ohne Erbarmen Gebrauch machen müssen, wenn es besser werden soll. Das müssen sie tun und überhaupt mehr auf ihre Menschenwürde halten.

In dem erwähnten Prozeß kam auch zur Sprache, daß die Mannschaften des jüngeren Jahrganges oft von

ihrer älteren Kameraden mißhandelt worden seien. Das ist eine überaus traurige und empfindende Erscheinung, die leider in der ganzen Armee bekannt ist. Sie ist darum besonders traurig, weil man annehmen sollte, daß der erhebende Einfluß der Arbeiterbewegung auch auf die jungen Arbeiter, die doch die Masse des Heeres bilden, bereits so weit reichte, daß solche elende Brutalitäten unmöglich wären. Der Gedanke der Solidarität sollte sie davor bewahren, ihre im Dienst jüngeren Leidens- und Klassen-genossen zur Freude der „Vorgesetzten“ zu mißhandeln; schon der Gedanke, daß sie vielleicht mit denselben Leuten später in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen zusammenstießen, müßte ihnen zeigen, daß es ihre Pflicht ist, auch im militärischen Dienstverhältnis einander zu schützen und zu stützen.

Wenn in einigen Wochen Tausende unserer jungen Kollegen wieder neu ins Heer eintreten, dann mögen sie daran denken und den Gedanken der brüderlichen Solidarität auch dort nicht vergessen. Selbst wenn sie von ihren im Dienst älteren Kameraden brutal behandelt werden sollten, so sollten sie nicht, wie das so oft geschieht, an den später Eintretenden Vergeltung üben, sondern immer daran denken, daß sie alle Glieder der unterdrückten Arbeiterklasse sind, und daß das einzige, was ihre Lage verbessern kann, die Solidarität ist. Wer so handelt, der hat nicht zu befürchten, daß ihn später, wenn er die Kasernenzeit schon längst hinter sich hat, von Kollegen oder Genossen vorgeworfen wird: auch Du warst ein solcher Elender, der seine Kameraden mißhandelte, um sich bei den Vorgesetzten beliebt zu machen! Wer diese stille Kreuze zu den Prinzipien der Arbeiterbewegung belundet, dem wird das stets eine schöne Erinnerung sein, vielleicht die einzige: schöne Erinnerung, die er aus der Kaserne mit ins Leben hinausnimmt.

Christliche, gelbe und freie Gewerkschaften.

Der Ursprung und die Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation und -bewegung ist in keinem Lande der Kulturwelt einer Anregung oder Unterstützung von Seiten der herrschenden Klassen zu danken. Überall ist diese Organisation und ihre Entwicklung das Resultat selbsttätigen Denkens und Strebens der Arbeiterkraft, in welchem das Bedürfnis zum Ausdruck kommt, die Interessen der Arbeit gegenüber dem ausbeutenden und unterdrückenden Kapitalismus zu wahren und zu fördern. Überall ist die Gründung und die Entwicklung des Gewerkschaftswesens durch die Arbeiterkraft unter dem rücksichtslosen Widerstande der öffentlichen Gewalt und der herrschenden Klassen, in erster Linie des Unternehmertums, vor sich gegangen. Bedingt der Umstand, daß die freie gewerkschaftliche Organisation allen Widerständen zum Trotz immer mehr erstarke und immer größeren Einfluß gewinne, hat bewirkt, daß auch bürgerliche Elemente sich der Frage der Arbeiterorganisation „wohlwollend annahmen“ zu dem Zwecke, die Entwicklung der freien Organisation zu einer ausschlaggebenden Macht nach Möglichkeit zu verhindern. In Deutschland stand diese Organisation von Anfang an im engen Zusammenhang mit der politischen Partei der Sozialdemokratie. Das war sowohl für den Liberalismus wie für den Ultramontanismus ein erheblicher Grund mehr, ihr entgegenzuwirken. Der Liberalismus suchte das zu erreichen durch die Gründung und Förderung der „Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine“, die ein politisches Anhängel der Fortschrittspartei bilden und dieser vornehmlich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie dienen sollten. Das Resultat dieses Bemühens war ein gründliches Mißsloß. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine sind gegenüber den freien Gewerkschaften im Zustande der Bedeutungslosigkeit geblieben. Der Ultramontanismus erkannte, daß er in seinem Interesse gut tue, sich mit dem immer stärker hervortretenden Organisationsbedürfnis abzufinden, und unter leitender

Mitwirkung der katholischen Geistlichkeit wurden die sogenannten „Christlichen Gewerkschaften“ gegründet — dem offen ausgesprochenen Zwecke, die katholischen Arbeiter vor dem Anknüpfen an die Sozialdemokratie zu schützen. Das Hauptkontingent zu diesen Organisationen stellten Bergleute und Textilarbeiter des Rheinlandes und Westfalens. Die christlichen Gewerkschaften sollten nach der Ansicht ihrer Gründer lediglich „Wohltäter“ gegen die Sozialdemokratie und keine Kampfbereine gegen die Unternehmung sein, mit diesen vielmehr in Frieden leben. Unter dieser Voraussetzung fanden sie denn auch zunächst die Unterstützung des Unternehmertums in weitgehendem Maße. Oft genug haben sie dieses „Wohltun“ dadurch vergolten, daß sie Streikbrecherdienste gegen die um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfende freie organisierte Arbeiterkraft leisteten. Aber der Zwang der Verhältnisse, die Logik der Tatsachen waren stärker als die den christlichen Gewerkschaften von ihren Gründern und Protektoren eingepflanzte Tendenz. Sie konnten der Notwendigkeit nicht ausweichen, gegenüber dem Kapitalismus Kampfstellung einzunehmen und gelegentlich gemeinsam mit den freien Gewerkschaften den Kampf zu führen. Damit verschärften sie sich natürlich das „Wohltun“ ihrer geistlichen Protektoren und der Unternehmer. Nach der Ansicht der kirchlichen Elemente sollten sie hauptsächlich die religiöse Propaganda zu ihrer Aufgabe machen und sich des wirtschaftlichen und des selbständigen politischen Kampfes enthalten. Von diesem dem Begriff „Arbeiterorganisation“ geradezu hoch gesprochenen Standpunkte hat sich in den letzten Jahren ein Teil der christlichen Gewerkschaften abgewandt; diese sind gehalten in katholische Organisationen und solche, die sich als „interkonfessionell“ und „partei-politisch neutral“ bezeichnen und „nur wirtschaftliche Ziele“ verfolgen wollen, jedoch mit der absurden Einschränkung, daß auch sie, wie die anderen christlichen, den Klassenkampf beurteilen und sich als „Gegengewicht“ gegen die Sozialdemokratie betrachten, obwohl die Erfahrung sie längst belehrt haben könnte, daß ohne das entscheidende Eingreifen der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterkraft im ersten Kampfe mit dem Unternehmertum nichts zu erreichen ist. Sie betreiben die Apologetik, wenn sie ihre Geselligkeit zur Sozialdemokratie, ihr „Verharren auf dem Boden der bestehenden Ordnung“, ihre „nationale Gesinnung“ betonen. Kommt es zu entscheidenden Kämpfen zwischen Arbeiterkraft und Unternehmertum — wie öfter schon im westfälischen Kohlenrevier — so zeigt sich die ganze Unsinnlichkeit und Zümmtheit dieser Apologetik.

Auch die christlichen Gewerkschaften haben es den Freien gegenüber zu keiner nennenswerten Entwicklung gebracht. Aber als ein die Arbeiterorganisation und -bewegung gesplitterndes und hemmendes Element kommen sie doch in Betracht. Es würde verfehlt sein, diese ihre schlimme Bedeutung zu unterschätzen. Sie sind es, die dem Umwege der „gelben“ Gewerkschaften die Wege gebahnt haben. Diese dummen Unternehmertum betriebenen Gründungen beruhen im wesentlichen genau auf denselben Anschauungen und Tendenzen, die ursprünglich in den christlichen Gewerkschaften die maßgebenden waren: der Arbeiter soll sich dem „Wohltun“, dem „Gegewicht“ des „Unternehmertums“ anvertrauen, dessen Autorität sich fügen und mit ihm stets in „friedlichem Einvernehmen“ leben. So haben die Gründer und Protektoren der christlichen Gewerkschaften gelehrt; auf diesem Standpunkte stehen die katholischen Organisationen noch, und diesen Standpunkt machen sich jetzt die Unternehmer bei der Gründung der gelben Gewerkschaften zu nütze. Zwar haben die „Christlichen“ diese Gründungen als ein Unwesen beurteilt; aber sie sollten nicht vergessen, daß ihre eigenen Organisationen und deren Tendenzen das böse Beispiel dafür abgegeben haben.

Nun wehren die „Gelben“ sich gegen die Verunsicherung durch die „Christlichen“. Kürzlich fand in Wehrden eine Versammlung von gelben Gewerkschaften statt, in der ausgeschrieben wurde, daß die gelben ebenso wie die freien und die christlichen Gewerkschaften bestrebt seien, die Lösung des Arbeiterstandes zu erreichen. Nur die Wege dazu seien verschieden. Allerdings, sie sind, besonders soweit die freien Gewerkschaften in Betracht kommen, sehr verschieden. Es mag sein, daß einzelne „Gelbe“ oder selbst die Mehrzahl derselben, durch feiges Schreien und Schamwangen vor dem Unternehmertum eine gewisse Verbesserung in der Bezahlung und in der Behandlung erreichen.

treffliche Bauweise wieder eine große Zahl von Anhängern finden.

Die von dem Kgl. Kreisbauinspektor Wilhelm Raab in Garburg a. d. E. erfundenen Drahtblechwände (D. R. P. Nr. 192 759) beruhen demgemäß auf einem durchaus gesunden Gedanken; sie stellen sogar eine so bedeutende Verbesserung der alten Lehm-Brickwände dar, daß ihre Anwendung durchaus nicht auf kleine hässliche Bauten beschränkt zu werden braucht. Die Konstruktion ist sehr einfach und verständlich, und wenn die statischen Grundregeln für diese Bauweise ermittelt sein werden, werden sich die Drahtblechwände ohne Zweifel auch die Etagenbauten erobern. Sie gestalten mannigfache Variationen und werden in der einen Form als Umfassungs- und Tragewände, in der anderen als belastete bzw. freitragende Scheidewände Eingang finden. Vor allen Dingen ist es völlig verständlich, warum man bei kleinen Bauten die Tragewände, die in Fundament- und Sockelhöhe vielleicht einen Druck von 1 kg pro Quadratdezimeter aufzunehmen haben, durchaus in Stein ausführen soll. Auch Ziegelfeine geringerer Qualität vermögen die hundertfache Last zu tragen. Für diese kleinen Gebäude ist das billigste Material vollkommen ausreichend. Wo es den Lehm nicht schleimen, formen und brennen, wenn das Material in seinem Naturzustande den an dasselbe gestellten Ansprüchen vollkommen zu genügen vermag?

Die Konstruktion der Drahtblechwände ist außerordentlich einfach. Sie stellt eine Verbesserung der bereits bekannten, aber doch verhältnismäßig selten angewandten aus Lehm oder Ton bestehenden, durch Eiseneinlage verstärkten Wände dar. Nach dem Vorbild der Eisenbetonwände verwendet Raab Drahtgewebe auf den Außenflächen der Wand. Der mit gestampftem Stroh oder dergl. gemischte Lehm bildet den inneren Kern, der außen am Drahtgewebe eine vertikale Schicht von Kies oder Steinschlag erhält. Diese äußere Kies- oder Steinschlagsschicht verhin-

dert das Austreten der weichen Kernmasse bei der Stampf- arbeit und bildet zugleich einen guten Futterlager; denn auf der rauhen Steinfläche haftet Kalkputz viel besser als auf Lehm. Quer durch die Wand gehen horizontale, verzinkte oder aluminisierte Eisengitter, die mit dem vertikalen Drahtgewebe verbunden werden und eine Verstärkung der ganzen Wand bewirken. Das Gewebe wird gewöhnlich aus 1 mm starkem Draht bei 3 cm Maschenweite hergestellt. Wir wissen aus dem Zement- und Betonbau, welche bedeutenden Einfluß auf die Tragfähigkeit der Wände derartige Einlagen aus Drahtgewebe ausüben vermögen. Auch beim Lehm- bau ist dieselbe so bedeutend, daß man die Wände viel schwächer zu machen vermag, als dies bisher zu geschehen pflegte. Dadurch wird eine erhebliche Materialersparnis erreicht, so daß man schon bei geringen Materialmengen, die in der Baugrube oder in der nächsten Landbaufahrt gefunden werden, auszukommen vermag, ohne irgend welche Kosten für Fuhrlohn usw. aufzuwenden. Die so hergestellten Wände können, je nach Erfordern, mit Kalk oder Zementputz versehen werden.

Die Vorzüge der Lehm-Drahtwände sind in kurzem folgende. Sie halten die Räume im Sommer kühl und im Winter warm — denn der Lehm ist ein schlechter Wärmeleiter. — Die Arbeit geht schnell von statten, sie ist sehr einfach; man kommt in der Regel mit den ungeschulten Arbeitern aus dem Lande aus. — Auch an Orten, die keine Eisenbahnstation besitzen, wie dies ja bei Hunderten kleiner Landstädte, Dörfern und Gütern der Fall ist, sieht fast jederzeit dieses Baumaterial zur Verfügung. Man braucht nicht auf die Ziegelfeine, die normalerweise weiter ferne durch Fuhrwerke herbeigeführt werden müssen, zu warten. — Die Wände können nach altbewährtem System als Fußboden ausgeführt werden; mit Lehm befeuchtetes Holzwerk ist gegen Fäulnis und Schwamm geschützt. — Lehm-Drahtwände kosten nur den dritten Teil der Kosten, welche Ziegelmauerwerk erfordert, und

war ist hierbei schon der Fuhrlohn mit in Betracht gezogen, findet man aber ausreichendes Material auf der Baustelle, so treten noch weitere, ganz erhebliche Ersparnisse hinzu.

Aber nicht nur für den Landbau kommt die Raab'sche Bauweise in Betracht. Sie ist überhaupt zur Erzielung billiger Innen- und Außenwände geeignet. Selbst bei größeren städtischen Wohn- und Geschäftsgebäuden würde das System mindestens für die inneren Scheidewände in Betracht kommen, sobald die Baugrube Lehm liefert. Jede Möglichkeit zur Verringerung der Baufkosten bei hinlänglichster Solidität wird der praktische Techniker wahrnehmen. Neuerdings hat Bauinspektor Raab — es sind eine ganze Reihe von Gebäuden nach diesem System bereits ausgeführt — noch eine Verbesserung geschaffen. Durch sinnreiche Anordnung der Drahtgewebe vermeidet er die Verbindung der horizontalen Verstärkungsgewebe mit den vertikalen Drahtgeweben. Die Gewebe werden nämlich derart rechtwinklig gebogen, daß sie zum Teil vertikales Gitter, zum Teil horizontales Verstärkungsgewebe bilden. Sie sehen sich gleichsam kastenförmig übereinander, d. h. derart, daß die Gitter sich in der Verstärkungsschicht gegenseitig überdecken. Da das Binden der Gewebe völlig vollständig wird, eine bedeutende Arbeitserparnis erzielt. In der horizontalen Schicht werden die Gitter 1½ cm mit Zementmörtel überzogen. Der Zement verbindet sich bekanntlich sehr fest mit dem Drahtgewebe, so daß eine sehr innige Verbindung aller horizontalen und vertikalen Gewebeteile erreicht wird.

Ohne Zweifel wird man in der Entwicklung des Kreisbauinspektors Raab einen durchaus praktischen Schritt zur Wiederbelebung der alten Lehm-Bauweise erblicken — vervollkommen durch technische Mittel, die sich bereits in der Zement- und Betonbauweise bewährt haben.

Aber lächerlich ist es, wenn diese Sorte von Arbeitern glauben machen will, mit Erfolg auf eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse hinwirken zu können. Darüber noch Worte zu verlieren, ist wohl überflüssig.

In der erwähnten Versammlung der „Selben“ wurde dann weiter die „christliche“ Gewerkschaft mit denselben Behauptungen bekämpft, die sie gegen die freien Gewerkschaften anwendet. Es wurde ihr vorgeworfen, daß sie in gefährlicher Weise gegen die Unternehmer, dornenreich gegen die Industriellen, „in allen Konventionen“ steht, während die Arbeiter doch alle Ursache hätten, der Industrie dankbar zu sein. Ist genug haben die „Christlichen“ heuchlerisch oder in hohem Kanakismus über den „Terrorismus“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften geteilt und ihr Einverständnis damit erklärt, diesem „Terrorismus“ auf dem Wege der Gehegung entgegenzutreten. Und jetzt werden sie von den Selben des „Terrorismus“ beschuldigt. Ein Redner sagte in der erwähnten Versammlung, daß christliche Gewerkschaftler Arbeitskameraden, die ihrer Organisation nicht angehören, meiden, bekämpfen und bedrohen, sie sogar tödlich mißhandeln, ihnen das Werkzeug auf der Arbeitsstelle wegnehmen und allen Schabernack mit ihnen treiben, „bis sie endlich zu mirde werden, daß sie der Gewerkschaft beitreten“. Der Redner beruhte auch, daß die „Christlichen“ gegen die „Wahlrechtskämpfer“ der Unternehmer gehen, — ein Vorwurf, den die „Christlichen“ ja auch sehr häufig gegen die freien Organisationen und die sozialdemokratische Arbeiterkraft erhoben haben. Was sie wider diese getrieben haben, das verweigern ihnen jetzt die „Selben“ durch Nachahmung ihrer Sünden. Es ist eine ganz gerechte Vergeltung, die sie erlangen, und die ist: daß sie, wenn sie wirklich den berechtigten Interessen der Arbeiterklasse dienen wollen, ihre Sonderorganisationen aufgeben und sich den freien Zentralverbänden anschließen müssen. Das wird wohl nicht gleich geschehen, aber in absehbarer Zeit wird dieser Punkt der Entwicklung in der gewerkschaftlichen Bewegung ganz sicher erreicht werden. Die Macht der Verhältnisse, die Logik der Tatsachen zwingt dazu.

Politische Umschau.

Für den Frieden. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, werden im September mehrere Abgeordnete der englischen Arbeiterpartei nach Deutschland kommen, um in einer Versammlung in Berlin eine Adresse an die deutsche Arbeiterkraft zu überreichen. Es soll eine Rundgebung der Arbeiter diesseits und jenseits des Kanals für den Weltfrieden sein; der durch die unsinnigen Flottenrüstungen wirklich gefährdet erscheint. Wir werden in einer der nächsten Nummern die Beilage eingehend besprechen.

Der Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908 ist veröffentlicht worden. Wir nehmen zunächst Notiz von den Mitteilungen, welche für die Gewerkschaften ein besonderes Interesse haben. Es wird gesagt, daß in den Wahlrechtskämpfen die Gewerkschaften die Partei nach Kräften unterstützt haben. Die meisten Gewerkschaftsblätter haben ihre Leser auf die Bedeutung des Wahlrechts in den Einzelstaaten und auf die Wichtigkeit der Landtagswahlen aufmerksam gemacht durch eine Artikelserie, die im Auftrage des Parteivorstandes der Gewerkschaftspressen zugesandt wurde. Einige Gewerkschaftsblätter haben durch eigene Artikel die Berufscollegen darüber aufgeklärt, wie wichtig es gerade für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist, Einfluß zu gewinnen auf die Gesetzgebung und Verwaltung der Einzelstaaten, die in vielen Berufsfragen tief einschneidende Entscheidungen treffen können. Die Agitation gegen den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes wurde von Partei und Gewerkschaften gemeinsam geführt. In der Bekämpfung des reaktionären Entwurfs der Regierung, der als Frucht der „liberalen“ Modorraum Ausnahme gesetzte, war vom Tage seines Erscheinens ab nicht die geringste Meinungsverschiedenheit zwischen der Parteileitung und der Generalkommission der Gewerkschaften.

Weber den letzten deutschen Gewerkschaftsfongress, der vom 22. bis 27. Juni in Hamburg tagte, heißt es: „Er zeigte, daß die Gewerkschaften den festen Willen haben, gemeinsam mit der sozialdemokratischen Partei an der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu arbeiten. Die Gegensätze, die in und nach Köln zu feindschaftlichen Auseinandersetzungen führten, machten sich auf der Hamburger Tagung nicht bemerkbar. Der Verlauf der Hamburger Tagung beweist, daß die Gewerkschaften die Zeichen der Zeit erkennen. Sie rufen nicht, sondern sie rufen sich für die kommenden Kämpfe, die der Schärferwerden der „Herren im Hause“ vorbereiten. Die Unternehmerverbände stehen heute größer und gefährlicher da denn je. Sie üben mehr denn je auf die Regierungen einen für die breiten Volksmassen unheimlichen Einfluß aus. Zur Bekämpfung dieser volksfeindlichen Einflüsse ist die Einigkeit des stufenbewußten Proletariats dringend erforderlich. Im Laufe des Jahres gelang es in langwierigen Verhandlungen, einen großen Teil der früheren sozialorganisierten unter Vereinbarung bestimmter Nebenbestimmungen zum Eintritt in die Zentralverbände der Gewerkschaften zu bewegen. So waren langjährige Bemühungen um die Einigung der gewerkschaftlichen Arbeiter erfreulicherweise endlich von Erfolg gekrönt.“

Weber die Einigungsverhandlungen mit den Lokalfunktionen macht der Bericht noch nähere Angaben. Es heißt da u. a.: „Bei den Verhandlungen mit den zur Freien Vereinigung gehörenden Vereinen ist alles geschehen, was geschehen konnte, um es diesen zu ermöglichen, auf dem Wege der Verhandlung und der Verständigung den Beschluß des letzten Parteitagess Rechnung zu tragen. Von den Vereinen, die Verhandlungen und Verständigungen abgewiesen haben, muß angenommen werden, daß sie nicht gewillt sind, dem Parteitagsschluß zu entsprechen, sich vielmehr bemüht in Gegensatz zur Partei stellen. Dafür zeugen auch das Verhalten der Leitung der Freien Vereinigung — deren Vorsitzender Vater übrigens außer der Partei ausgeschieden ist —, die Haltung ihres Organs, der „Einigkeit“, und die Verhandlungen und Beschlüsse des achten Kongresses der Freien Vereinigung.“

Weber die Organisation der Partei ist dem Bericht zu entnehmen, daß sie sich aus 8120 Ortsvereinen mit 687 936 Mitgliedern (gegen 630 466 im Jahre 1907) zusammensetzt. Die Zahl der Mitglieder hat also um 56 870 zugenommen. Es sind darin die weiblichen Mitglieder (29 458 gegen 10 943 im Vorjahre) einbezogen. Im Vergleich zu den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen beträgt die Mitgliederzahl 18,0 pSt., während im vorigen Jahre das Verhältnis 16,4 pSt. betrug.

Der Jugend-Organisation widmet der Bericht einen besonderen Abschnitt, der die Ueberzeugung ausdrückt, daß die Jugendbewegung einen fräftigen Aufschwung nehmen wird, wenn Partei und Gewerkschaften sie fördern.

Einen breiten Raum im Bericht nehmen die Mitteilungen ein, welche sich mit der Agitation im allgemeinen und mit der preussischen Wahlrechtsbewegung im besonderen und mit den Landtagswahlen beschäftigen. Es sind bekannte Tatsachen, die da mitgeteilt werden, durchsicht mit kritischen Bemerkungen.

Am Ende des Berichtsjahres lagen in 19 deutschen Bundesstaaten 151 Abgeordnete in den Landtagen gegen 135 in 18 Staaten zu Anfang des Jahres. Es entfallen davon auf:

Bayern	21	Schwarzburg-Rudolstadt	7
Hamburg	21	Stenburg	4
Bremen	17	Sachsen-Weimar	4
Württemberg	15	Sachsen-Altenburg	3
Baden	12	Neuburg-Jünke	3
Stoburg-Gotha	8	Bayreuth	3
Stübke	8	Meißen	3
Preußen	7	Sachsen	1
Sachsen	7	Schwarzburg-Regensburg	1
Sachsen-Meiningen	7		

Auch die 7 Nachwahlen zu Reichstagen, die vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908 stattfanden, finden Erwähnung. Sie betrafen durchweg Kreise, in denen eine Ueberwindung des Mandats durch die Sozialdemokratie noch ausgeschlossen ist.

Zu Anfang des Berichtsjahres zählte die Sozialdemokratie im ganzen Reiche 4996 Gemeindevorte. Am Schlusse des Berichtsjahres war die Zahl in 1865 Gemeinden auf 5931 angewachsen. Davon entfallen 4571 auf Landgemeinden und 1360 auf Städte.

Weber die Maifeier sagt der Bericht, daß sie im Berichtsjahre in einigen Distrikten unter der schweren Krise des Wirtschaftsjahres 1908 zu leiden hatte. Aus den meisten Gegenden sei aber über einen durchaus günstigen Verlauf der Feier berichtet, besonders aus Orten, in denen zum 1. Mai Unruhe stattgefunden hatten. Wenn infolge der Depression in Handel und Industrie auch nirgends große Fortschritte zu verzeichnen waren, so sei im allgemeinen doch von keinem Rückschritt die Rede.

Es wird auf die für die Maifeier maßgebenden Beschlüsse des Internationalen Kongresses und auf die zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften und dem Parteivorstande getroffenen Vereinbarungen hingewiesen, die in Gewerkschaftsartikeln und Parteifreien vielfach Widerspruch fanden. Betreffend die streitige Frage der Arbeitsruhe, sagt der Bericht: „Zunehmend ist möglich ist, die Maifeier durch ihre würdevolle Form, die Arbeitsruhe, zu begeben, das wird immer von der Stärke der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung der einzelnen Orte abhängen. Gerade weil das Maß der Durchführung der Arbeitsruhe nicht von den Beschlüssen der Zentralen, sondern von den Beschlüssen der Orte abhängt, deshalb ist eine Beteiligung der örtlichen Organisationen auch an der finanziellen Verantwortung zweckdienlich.“

Den Mitteilungen über die Parteipresse entnehmen wir: Am Ende des Berichtsjahres erschienen in 53 Druckereien 71 sozialdemokratische Tageszeitungen. Der „Vorwärts“ hat 1 636 099,55 eingenommen. Davon hat er 1 505 311,50 ausgegeben, so daß ein Gewinn von 130 788,05 übrig bleibt. Der Ueberschuß ist um 39 894,85 geringer, als im Vorjahre. Für Mitarbeiter sind allein fast 90 000 ausgegeben worden. Im Redaktionsgebäude wurden 68 399,05 gezahlt. An Gerichtsstellen hat der „Vorwärts“ die Summe von rund 8 382,99 gezahlt. Der Abonnentenstand ist um 8315 gestiegen. Die „Neue Zeit“ hat einen Nettogewinn von rund 8 276,99 erzielt. Sie hat 9000 Abonnenten. Die „Gleichheit“ hat 15 701,84 Reingewinn gebracht. Sie hat 84 000 Abonnenten. Mit dem „Wahren Worte“ hat 32 486,38 netto eingenommen worden. Er hat 235 000 Abonnenten. Der Ueberschuß des „Vorwärts“ Buchhandlung betrug im vorliegenden Jahre 563 737,49.

Die Parteischule wurde im vergangenen Jahre von 64 Schülern besucht, denen 777 Unterrichtsstunden erteilt wurden. An Strafen wegen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit wurden im Berichtsjahre insgesamt 18 Jahre 8 Monate 4 Tage Gefängnis, 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 33 446 Geldstrafen von deutschen Gerichten verhängt. Auf Vollständigkeit darf diese Statistik keinen Anspruch machen. Sehr viele Haftstrafen und Geldstrafen in geringer Höhe werden in der Öffentlichkeit gar nicht bekannt. Hierzu gehören viele Strafen, die wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes, wegen „groben Unfugs“, wegen Uebertretung von Straßenpolizeiverordnungen beim Streikposten usw. verhängt werden.

Der Kaiserreich weist gegen das Vorjahr eine erhebliche Minderernte auf. Der Bericht sagt, daß sei ein nur scheinbar unglückliches Ergebnis, das auf verschiedene Umstände zurückzuführen sei. Erstens umfaßt die Berichtszeit, indem sie schon mit dem Monat Juni abschließt, nur elf Monate gegen zwölf im Vorjahre. Und gerade der Monat Juli des vorigen Berichtsjahres wies mit seinen 1 705 773 eine ungewöhnlich hohe Einnahme auf. Wenn die Einnahme im Monat Juli 1908 auch nicht die gleiche Höhe erreichte, so sind sie doch ebenfalls hoch, kommen aber erst im Berichtsjahr 1909, das wieder zwölf Monate umfaßt, zum Vorschein. Zweitens war das Berichtsjahr 1908/07 ein Wahljahr, in dem der Parteikasse Mittel zufließen, wie sie in Form von Beiträgen usw. nur in den Zeiten des Kampfes geflossen werden. Neben den Erträgen von Einzelaktionen erhielt im vorigen Berichtsjahr die Parteikasse allein von den Gewerkschaften in den Monaten Dezember und Januar 41 500. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände muß der Abschluß als ein relativ guter bezeichnet werden. Die eigentlichen, von den Organisationen geleisteten Parteibeträge zeigen nicht nur keinen Rückgang, sondern eine Zunahme, was um so erfreulicher ist, als breite Schichten der Arbeiterkraft schwer unter der wirtschaftlichen Krise leiden. Wie in jeder anderen Beziehung, hat sich auch hier die neue, straffere Organisation der Partei auf das Beste bewährt. Unter der alten losen Form war in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges der Rückgang in den Einnahmen immer sehr beträchtlich.

Die Einnahmen betrugen insgesamt 1 852 976,10, die Ausgaben 1 783 958,13. Davon wurden 211 762 für Agitationszwecke, 1 950,00 für Unterhaltungen, 8 847,80 für Prozeduren, 58 430,00 für die Parteischule, 28 070,00 an Beamtengehältern, 223 701,00 als Darlehen, 126 841,00 für Breiterunterstützungen und 29 714,00 für die Parteipresse ausgegeben. 21 Parteiorbane erhielten Unterstützung in Höhe von zusammen 126 341,00. Den Schluß des Berichtsjahres bilden Mitteilungen über die Tätigkeit des Bildungsausschusses. Es wird konstatiert, daß die organisierten Arbeiter in allen Gegenden Deutschlands mit regem Eifer die Bildungsangelegenheiten in die Hand genommen haben, an Form und Umfang zwar — je nach den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und der anderen Vorbedingungen — verschieden, im guten Willen und in der Absicht, damit dem Befreiungskampfe des Proletariats zu dienen, alle gleich.

In vielen Orten sind Bildungsausschüsse eingesetzt worden; in den meisten Fällen von der örtlichen Parteioorganisation und von den Gewerkschaftsartikeln gemeinsam, gelegentlich auch nur von einer der beiden Zuzuzügen. Diese Bildungsausschüsse (oder Bildungskommissionen oder Bildungsinstitute) haben die Aufgabe, für die Gesamtheit der organisierten Arbeiter an dem betreffenden Orte alle Vorkenntnisse berechnen und hinsichtlich der Charaktere der Partei oder des Gewerkschaftsausschusses ist bei der Gründung solcher Ausschüsse häufig um Rat und Material ersucht worden. Außerdem haben sich viele Orte, in denen noch kein Bildungsausschuß existiert und weshalb die Bildungsarbeit von der Partei oder vom Gewerkschaftsartikel geleistet wird, mit dem Bildungsausschuß in Verbindung gesetzt. In alle Absichten, die der Geschäftsstelle auf diese Weise bekannt geworden sind, werden die Veröffentlichungen des Bildungsausschusses gesandt.

Doch Bildungsveranstaltungen nicht den Zweck haben, finanzielle Ueberschüsse abzuwerfen, sondern, daß in den meisten Fällen umgekehrt erhebliche Gelbauseinandersetzungen notwendig sind, um gute Bildungsarbeit zu leisten, wird von den Organisationen fast allgemein gewürdigt. Besonders in den größeren Städten leisten die sozialdemokratischen Vereine und die Gewerkschaftsartikel den von ihnen eingesetzten Bildungsausschüssen aus diesem Grunde neuenwertige Zuschüsse.

Die im vorliegenden Jahre ersichtlich eingezeichneten wissenschaftlichen und kulturellen Erfolge zeigen auf gute Aufnahme und Förderung durch die Parteioorganisationen und die Gewerkschaften. Der Bildungsausschuß hat Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken entworfen, deren Herausgabe und Verbenutzung alsbald erfolgen soll.

Aus dem bayerischen Landtag. Wenn von Arbeit im bayerischen Landtag die Rede ist, scheidet dabei die Kammer der Reichsräte nahezu gänzlich aus. Oben wird in der Regel „gearbeitet“ im negativen Sinne: wichtige Beschlüsse der Abgeordnetenversammlung vernichtet. In diesem Sinne hat sich das Oberhaus auch in der abgelaufenen Session bewährt. Dieses Schicksal am bayerischen Staatsrat zu befechtigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des bayerischen Volkes, ist die notwendige Vorbedingung einer fruchtbareren Arbeit der Volksvertretung.

Die Kammer der Abgeordneten stand in dieser Session unter dem Zeichen der Sozialreform. Soweit die Arbeiterfrage in Betracht kommt, hat die sozialdemokratische Vertretung die Midwintere in der gesetzgebenden Versammlung bezeichnet. Unmittelbar nach dem Zusammentritt der Abgeordnetenversammlung haben unsere Parteigenossen beantragt, vermehrte Arbeitslosigkeit für die Wintermonate vorzusehen und dementsprechende Ausgaben auf den Gemeinden zu machen. Diese Vorschläge wurden angenommen. Für die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter wurden 15 pSt. Lohnerhöhung gefordert und eine gleichmäßige Aufbesserung des staatsmässigen Personals. Zu diesen alle Arbeiter und Bediensteten berücksichtigenden Anträgen kommen umfassende, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bis ins Detail regelnde und verbessernde Forderungen für Spezialberufe der Staatsbetriebe: Militärschaffner, Verkehrsbedienstete, Postbetriebe, Bergwerke, Güter und Salinen, welche Lohnregulativ, Verkürzung der Arbeitszeit, Pausen, Ueberstunden, Sonntagsruhe, Nachtarbeit, Ferien, Freizeithilfen, Urlaub betreffen. Die Interessen der Arbeiter des Forsthaushalts und anderer Staatsunternehmungen wurden, soweit sie in vorbenannten Anträgen nicht berücksichtigt sind, bei den einzelnen Staatsbetrieben. Für die Arbeiter der Privatindustrie war vorgeschlagen, daß bei Verlegung von Staatsarbeiten nur Unternehmer benachteiligt werden, die das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter respektieren, tarifmäßige Vereinbarungen aushalten, wo solche nicht bestehen, auskömmliche Löhne bezahlen und die berufliche Arbeitszeit nicht überschreiten. Das hat die Regierung für alle Ressorts zugestimmt. Nachdrücklich wurde gegen die Konkurrenz, die der freien Arbeit durch die Gefangenenarbeit erwächst, Vorkaution erhoben und möglichst Einschränkung dieser Schädigung der freien Arbeit gefordert.

Vermehrung der Gewerbeinspektoren, Vergrößerung der Arbeiter zu dieser wichtigen Funktion, schärfere Handhabung des Frauen- und Kinderarbeit, Vermehrung der Gewerbegerichte, humaner Vollzug der Sozialgesetze, insbesondere Einschränkung der Gemeinderatensverfugung und Förderung der Ortskassenkassen waren weitere Forderungen unserer Vertreter. Die Vergrößerung von Arbeiter zur Gewerbeinspektion ist in Aussicht gestellt worden, bezugs vermehrter Errichtung von Gewerbegerichten wurde ein Ministerialerlaß hinausgegeben. Eine eingehende Würdigung fand die Frage des Bauarbeiterlohes; zu diesem Beschuß wird demnächst vom Ministerium des Innern eine Konferenz, bestehend aus Vertretern der Bauarbeiter, der bayerischen Bauarbeiterkommission, Rechnern und Bauunternehmern, einberufen werden.

In der Rubrik zum bayerischen Vergesetz haben unsere Genossen wichtige Forderungen der Bergarbeiter: Verbot des Wagensfahrens, Vergrößerung der Arbeiter zur Grubenkontrolle und zur Kontrolle der Fördergefäße, Achtstundentag bei der Grubenarbeit durchgesetzt.

Ein Gesandter zur Ordnung der Knappheitsklassen ist für die nächste Session angekündigt. Die Verteilung einer ganz Bayern umfassenden Arbeitslosenstatistik soll baldigst in Angriff genommen werden; Vertreter von Gewerkschaften und sonstiger Interessenten für Arbeitslosenfürsorge werden zu einer Besprechung im Ministerium des Innern aufzukommen, um über eine zweckmäßige Arbeitslosenfürsorge zu beraten; außerdem sollen die größeren Gemeinden angeregt werden, die Arbeitslosenversicherung nach dem System einzuführen.

Beim Geschäftsregulativ setzten unsere Genossen eine Erhöhung der Mindestbeträge von M. 1100 auf M. 1200 durch, abgesehen von den anderen Verbesserungen, durch Hinaufrücken verschiedener Kategorien in Klassen mit höheren Bezügen. Beim Beamtengehalt gab Finanzminister v. Rapp auf eine Beschwerde unserer Ausschüßmitglieder wegen Entlassung eines Bediensteten, weil er einem sozialdemokratischen Verein angehört, die Erklärung ab, daß die Regierung mit dieser Entlassung nicht einverstanden sei; zur Zeit gäbe es in Bayern keinen Verein, dem ein Beamter oder Bediensteter nicht angehören könne. Das wurde von unserem Redner zum Beamtengehalt im Plenum der Kammer ausdrücklich, ohne Widerspruch der Regierung, festgelegt.

Der Abgeordnete Genosse Hothaupt wird, nach einem längeren Urlaub, wieder als Arbeiter in die Zentralverwaltung der Staatsbahnen zurückkehren, von der er selbstverständlich auch während der Ausübung seines Abgeordnetenmandats seinen Lohn bezogen hat.

Die von unseren Genossen geführten Beschwerden über die Wohnungsnot in vielen Gemeinden führten zu einem Ministerialerlaß, in dem den Gemeinden die Auflage gemacht wird, energetisch Mittel zur Beseitigung der Wohnungsnot zu ergreifen. Auf ihren Antrag wurden in das Staatsbudget M. 50 000 zur Unterstützung jener Gemeinden eingesetzt, die besondere Aufwendungen für Siedlungs-fürsorge machen.

Von sonstigen wichtigen Beschüssen des Landtages haben wir nur noch hervorzuheben die Projekte für den Ausbau der staatlichen Wasserkräfte, die eine günstige Entwicklung der bayerischen Industrie erwarten lassen, wenn Preußen mit der geplanten Elektrizitäts-leitung nicht das Bett von der Suppe abschöpfte. Gegen den beabsichtigten Ausbau hat übrigens infolge einer Interpellation unserer Parteigenossen der bayerische Landtag energisch Protest erhoben. Dieser gehört auch ein vielversprechender Anfang, die Elektrifizierung einzelner Strecken der Staatsbahnen. Das Personal der Staatsbahnen, die bekanntlich am 1. Januar 1909 in Staatsbesitz übergehen, wird natürlich in Staatsdienst übernommen. Unsere Abgeordneten waren bemüht, möglichst günstige Bedingungen für das Personal zu erreichen; es wird dem Personal im dies-jährigen Bayerngesetzteil.

Für die Volksschullehrer höhere Gehälter herauszufinden, ist bei dem energischen Widerstand des Unterrichtslebens nicht gelungen. Ebenso weigert sich die Regierung, die sonstigen verstaatlichten Einrichtungen, wie Krankenkassen, Naturalleistungen usw. aufzuheben und die geistliche Schulaufsicht zu befestigen. Dagegen haben unsere Abgeordneten in der Disziplinierung des Lehrers Beifall von allem Anfang an den richtigen Standpunkt vertreten: Der Regierung steht jede gesetzliche Grundlage für Disziplinierung der Lehrer; das Vorgehen gegen Beifall ist verfassungswidrig. Das hat die Regierung nun auch ein-gesehen; für die nächste Session des Landtages ist ein Gesetz-entwurf angekündigt, der die rechtliche Stellung der Lehrer regeln soll.

Sobald sei noch auf die Einführung der Ver-hältnismäßigkeiten in den Gemeinden mit über 4000 Einwohnern hinzuweisen, die ebenfalls auf die Initiative der sozialdemokratischen Abgeordneten zurückzuführen ist. Dadurch wird der Einfluß des arbeitenden Volkes auf die Gemeindeverwaltung sicher bedeutend erhöht werden.

Aus diesem Bericht werden die Leser erfahren, daß der bayerische Landtag in seiner ersten Session fleißig und fruchtbar gearbeitet hat, daß unsere Parteigenossen es waren, die bei den wichtigsten Beschlüssen die Initiative ergrieffen haben, wo dieses nicht der Fall war, mindestens fördernd mitgearbeitet haben.

Und auf diese Tatsachen hinzuweisen, erscheint uns gerade jetzt angebracht und zweckmäßig zu sein.

Reizt eine Meinende. Vor drei Jahren ereignete sich auf der westfälischen Kohlengrube „Vorussia“ ein schreckliches Unglück, bei dem 39 Bergleute unter im Schacht an Verbrennung oder Erstickung starben. Schon damals behauptete die „Bergarbeiter-Zeitung“, daß große Verdähte gegen die bergpolizeilichen Vorschriften das Unglück ver-schuldet hätten. Es wurde auch ein gerichtliches Verfahren gegen den Betriebsführer-Mutter eingeleitet, es endete jedoch mit dessen Freisprechung. Das Gericht sprach die Ansicht aus, daß jedenfalls zwei an der Unglücksstelle tätige Ar-beiter die Schuld trügen. Alle damaligen Verdähte der „Bergarbeiter-Zeitung“, durch scharfe Anklagenartikel gegen die Betriebsverwaltung dieser oder die Staatsanwaltschaft zum gerichtlichen Einschreiten gegen sie zu veranlassen, blieben erfolglos. Sie hätte allerdings im Gerichts-saal ein wesentlich anderes Bild von den „Vorussia“-Unfällen ent-wickelt, wie es der Prozeß gegen Mutter ergeben hat. Aber sie schied nach diesem Prozeß, in ihm sei das letzte Wort über die „Vorussia“-tragedie noch nicht gesprochen.

Das scheint sich jetzt zu erfüllen. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ teilt mit, daß ihr von mehreren Seiten Mit-teilungen zugegangen sind, wonach bei dem „Vorussia“-Prozeß Beeinflussungen der Zeugen zu Gunsten des Angeklagten stattgefunden haben sollen. „Es handelt sich“, so schreibt die „Bergarbeiter-Zeitung“, „um nichts Geringeres, als um die Behauptung, in dem „Vorussia“-Prozeß gegen Mutter seien unter Eid wissenschaftlich falsche Aussagen gemacht worden. Zeugen sollen beeinflusst worden sein, wider besseres Wissen die Zustände im Unglückschacht falsch zu bezeugen. Ein Hauptzeuge für die Betriebsverwaltung soll sich kürzlich in Gegenwart von Kameraden, gerührt haben, „gewisse Herren“ wegen Verleitung zum Meißel ins Zuchthaus

bringen zu können, wenn er auch selbst mit ins Zuchthaus läme. Ferner sollen Beamte auf „Vorussia“ sich gegenseitig gedroht haben, mit Enthüllungen über den wahren Zustand des Schachtes vor dem Brande und über gewisse Ver-zuschungsmethoden nach dem Brande, vorgehen, ehe die Unterjüngung geschähe.

Im Anschluß daran fordert die „Bergarbeiter-Zeitung“ die Staatsanwaltschaft und die Bergbehörde auf, der Sache nachzugehen und stellt ihnen ihr Material zur Verfügung. Die Behörden werden der Aufforderung folgen müssen.

Ein sensationelles Zeugniszwangsverfahren ist gegen die „Frankfurter Zeitung“ eingeleitet worden. Sie hätte am 21. Juli d. J. einen informierenden Artikel über den Fall Schilling gebracht. Der Verfasser soll sich eines „Disziplinarvergehens“ schuldig gemacht haben. Der verant-wortliche Redakteur wurde vom vernehmenden Richter an-gegangen, den Verfasser zu nennen. Selbstverständlich weigerte er sich, einen solchen schanden Vertrauensbruch zu begehen. Er wurde deshalb unter Hinweis auf die weiteren Folgen der Zeugnisverweigerung zu einer Geldstrafe von M. 50 verurteilt. Es handelt sich hier um einen weiteren Vorstoß der Reaktion, der sich würdig an das Verfahren gegen Schilling anschließt und die politische Situation noch greller beleuchtet. Der Fall ist um so merkwürdiger, als es sich nicht um ein Strafver-fahren, sondern um ein Disziplinarverfahren handelt.

In solch einem Verfahren Zeugniszwang anzuwenden, ist gesetzlich gar nicht zulässig. Am Anfang dieses Jahres erließ Fürst Bismarck, der nicht nur Reichskanzler, sondern auch preussischer Ministerpräsident ist, an die Bundes-regierung ein Schreiben, worin er eine Einschränkung des Zeugniszwanges gegen die Presse empfahl. Seitdem hat man bis jetzt von der Ausübung solchen Zwanges nichts gehört. Und jetzt ist es gerade die preussische Justiz, die zuerst wieder zu diesem Mittel greift, um von einem Redakteur, entgegen seiner persönlichen Ehre und der Ehre seines Blattes, eine Aussage zu erzwingen; und noch dazu, wie schon bemerkt, in völlig rechtswidriger Weise.

Das Verfahren verdient natürlich die schärfste denkerische Kritik. Aber einer etwas eigenartigen Einbildung macht das Gebahren der bürgerlichen Presse, zu der auch die „Frankfurter Zeitung“ gehört, doch. Diese Presse sollte in ihrer an sich be-rechtigten Entrüstung nicht vergessen, daß sie im Anfang der Bismarckpolitik gewöhnlich hat in dem Gedanken, es werde nun, und barmherzig auch in Preußen, darüber sein mit dem re-aktionären Regiment. Das erwähnte Rundschreiben des Reichs-kanzlers wurde von ihr als ein Augenblicks- und ein großes Organ der Bismarckpolitik auf dem eigenen Beise, was es mit diesen „Augenblicks- und ein großes Organ der Bismarckpolitik“ auf sich hat. Und obwohl die liberalen Blätter der Regierung mit Abwendung von der Bismarckpolitik, wenn die preussische Reaktion fortbäre. Nun, die offiziellen Träger und Vertreter dieser Reaktion werden sich schon mit dem empörten Liberalismus abfinden müssen, ohne daß das reaktionäre Regiment eine Beeinträchtigung erfährt. Es würde nicht existieren, wenn der Liberalismus nicht bis zur äußersten Zümmlichkeit herabgesunken wäre.

Der Parteing des Zentrums, der sog. „Katholiken-tag“, hat unter großen demonstrierenden Veranstaltungen in Düsseldorf stattgefunden. Aus ganz Rheinland und Westfalen hatte man die katholischen Arbeiterorganisationen herangezogen und auf diese Weise einen Festzug zu Stande gebracht, der angeblich über 60 000 Teilnehmer gehabt haben soll. Das will nun allerdings wirklich nicht viel heißen in einer Gegend, wo die katholischen Arbeiter nach vielen Hunderttausenden zählen. Die Verhandlungen, unterhielten sich in nichts von denen früherer Katholikentage. Sie kümmern uns nur insoweit, als sie die Arbeiterfrage und die Arbeiterbewegung betreffen. Da kam man über die alten bekannten Redensarten nicht hinaus. Der Arbeiter muß ein getreuer Sohn der Kirche sein und bleiben, dann ist alles gut. Die Priester sind die besten Freunde; von ihnen soll er sich leiten und beraten lassen, dann wird die soziale Frage in besserer Weise gelöst.

Arme und Notleidende müssen es immer geben. Das ist Gottes Wille. Die „notwendige Ungleichheit“ der Menschen soll aus-gegliedert werden durch christliche Liebe und Mildtätigkeit. Der Arbeiterführer Meyer trug folgende Weisheit vor: „Man war früher gewohnt, wenn man von Arbeiter rebete, darunter den armen gebildeten Mann des Volkes zu verstehen, mit dem man Mitleid haben mußte, in dessen Lage sich nicht zu befinden als eine besonders günstige Fügung des Schicksals anzusehen sei. Geringe Löhne, unbegrenzte Arbeitszeit, mangelhafte Wohnungs-Verhältnisse, dazu Unfreiheit des Verdienstes und volle Ab-hängigkeit von dem, in dessen Dienste man arbeitete, gaben Anlaß zu solcher Meinung. Wir dürfen mit freudigem Danke gegen Gott heute sagen: die materielle Lage des Arbeiters hat sich gegen früher ge-heben. Staatshilfe und Selbsthilfe waren die beiden großen Mittel, die das bewirkt haben.“

Es ist! Wenn aber die „gottlose“ Sozialdemokratie nicht wäre, wenn es keine „gottlose“ freien Ge-werkschaften gäbe, so würde die Lage der Arbeiter ganz ge-wiß sich nicht gehoben haben. Diesen Faktoren in erster Linie ist es zu danken, daß die Arbeiter höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und bessere Behandlung haben sowie daß die Ge-fahrung sich ihrer angenommen hat.

In einer Rede über die „Selbsthilfe der Katholiken im wirtschaftlichen und sozialen Leben“ brachte Dr. Braun-M.-Glabach der wirtschaftlichen Entwicklung den Stempel des Merkantilismus auf. Er sagte: „Ein völgerrichtiger Maß des gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts bedante Deutschland ungenügend dem katholischen Volksteil. Redner behandelte dann die Organisation des Wirtschaftslebens. Die richtige Eingliederung des modernen Wirtschaftslebens sei wiederum ein hervorragendes Verdienst des katholischen Volksteils Deutschlands.“

Dr. Braun mag sich dieses Verfahren, ein Religions-bekenntnis für die wirtschaftliche Entwicklung in Anspruch zu nehmen, patentieren lassen.

Die sonstigen Verhandlungen des Katholikentages können wir unberücksichtigt lassen. Er hat, alles in allem, in echt kirchlichem Geiste, der die Veranstaltungen stets charakterisierte, gewirkt und damit für den Kulturfortschritt und die Interessen des Volkes nichts geleistet.

Das Fiasko der Fahrkartensteuer, das längst offenkundig ist, erfährt eine neue drastische Wendung durch Veröffentlichung der Ziffern des Ergebnisses für das Etats-jahr 1907/08. Danach belaufen sich die Einnahmen in den einzelnen Quartalsabschnitten in runden Zahlen folgendermaßen: April 1907 bis Juni 1907 — M. 4 800 000, vom Juli 1907 bis September 1907 — M. 5 500 000, vom Oktober 1907 bis Dezember 1907 — M. 5 500 000 und vom Januar 1908 bis Ende März 1908 — M. 3 250 000. Die Fahrkartensteuer hat also im Etatsjahr 1907/08 rund M. 1 000 000 eingebracht. Im Voranschlag des verflochtenen Etatsjahres war die Steuer mit M. 30 000 000 eingebracht. In seiner Rede vom 28. No-ber 1907 führte der frühere Schatzsekretär v. Siengel aus, daß das voraussichtliche Ergebnis der Steuer Zweibrittel des Voranschlags betragen würde. Auch diese Annahme hat sich also optimistisch erwiesen; denn tatsächlich fehlen zu den erhofften Zweibrittel des Voranschlags noch M. 30 000 000.

Für das Etatsjahr 1908/09 wurde die Fahrkartensteuer mit M. 24 000 000 eingebracht. Die Einnahmen im ersten Quartal (vom 1. April bis Ende Juni) betragen rund M. 4 000 000; sie bleiben also annähernd um M. 800 000 hinter derselben Periode des Vorjahres zurück. Sollten die Einnahmen in den übrigen Quartalsabschnitten zu denjenigen des verflochtenen Etatsjahres in gleichem Verhältnis stehen, so würde sich das Gesamtergebnis im Etatsjahr 1908/09 auf M. 14 bis 15 000 000 stellen, und so um nahezu 10 000 000 hinter dem Voranschlag zurückbleiben. Der Grund dieses starken Zurückbleibens der Einnahmen gegenüber dem Voranschlag auch in diesem Jahre liegt wieder in Minderungen der Reisenden, die sonst die erste und zweite Klasse benutzten haben, in die dritte und vierte Klasse. Auch die ungünstige Lage unserer Industrie und die durch diese hervorgerufene wirtschaftliche Depression wirkt auf das reisende Publikum dahin, billigere Klassen vor-zuziehen.

Trotz dieses Fiaskos will die Regierung auf die Fahrkarten-steuer, die ihr von den reaktionären Steuerbediensteten des Reichstages dargebracht worden ist, nicht verzichten. Aber im Reichstage wird man mit ihr ein sehr ernstes und fröhliches Wort darüber reden.

Handwerker gegen die agrarische Brotionsher-politik. Wenn unsere Leser die Nummer unseres Blattes zueht, wird in Breslau der Deutsche Handwerks- und Gewerbeschamerstag in Ratte gefunden haben. Die Dresdener Gewerbeschamer hat ihm einen Antrag unterbreitet, der darauf abzielt, die Getreide- und Brotpreise auf ein er-trägliches Maß herabzusetzen, beziehungsweise deren weiteres Steigen zu verhindern, und der zu diesem Zwecke eine Beschränkung der Vermehrbare für die Einfuhr und eine Aufhebung der Ausnahmsbesteuerung für das zum Export gelangende Getreide erstrebt.

Es ist sehr beachtenswert, daß die Handwerker und Klein-gewerbetreibenden sich auflehnen gegen die Bevormundung durch das agrarische und konfessionale Schutznährn, gegen eine Politik, die für die breiten Schichten der Bevölkerung eine Verteuerung der Lebensmittel und eine Er-zückerung und Verschlechterung der Lebens-haltung zur Folge hat. Das Organ des Bundes der Land-wirte, die „Deutsche Tageszeitung“, ist erstickt und entfällt über den Antrag. Öffentlich können wir in nächster Nummer berichten, daß der Handwerks- und Gewerbeschamerstag dem An-trage seine Zustimmung gegeben hat.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen be-richtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:
Hamburg (Sperre über Unternehmer Zeidler, die Bauten sind Eppendorferlandstrasse, Wolzenweg, Ovelgönnerrasse und Mothelassestrasse), Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:
Quickborn (Streik), Trittau (Sperre über Chr. Meier in Kasseburg, Arbeitsstelle Meierei in Möhnsen), Rendsburg (Sperren über das Rader Koks- und Stahl- und Walzwerk und die Karlsruhte);

Mecklenburg:
Güstrow (Sperre über Thielke), Sülze (Sperre über Holdorf), Ahrenshoop a. Fischland (Sperre über Helms);

Brandenburg:
Wittstock a. d. D. (Streik), Neu-Buch (Sperre über Ehrlich), Königs-Wusterhausen (Sperre über den Schulbau in Zernsdorf), Fürstenualde (Sperre über Pätel);

Ost- und Westpreussen:
Neidenburg (Streik), Hammerstein (Sperren über Kofahl und Karge), Osterode (Sperre über Tessmann aus Mohrungen), Rastenburg (Differenzen), Fr. Stargard (Differenzen);

Schlesien:
Märzdorf (Sperre über Scheundel in Grebelwitz), Hundsfield-Rosenthal (Sperre über Vetter aus Weide), Neustadt i. Oberschl. (Sperre über Hahnel);

Königreich Sachsen:
Leipzig (es sind gesporrt: Marien & Kunze, Bahn-hofsbaute, Bernat & Schöne, Berlinerstrasse, in L.-Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse), Leutzsch (Sperre über die Eisengießerei E. Becker & Co.), Knaulkeberg (Sperren über David Ludley und L. Loo), Saupersdorf bei Zwickau (Sperre über Berger aus Schönheide), Mülsen (Sperren über Ferd. Böhn in St. Niklas und Emil Meier in Ortmannsdorf), Grimma (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Stassfurt (Streik), **Gracau b. Magdeburg** (Sperré über Weingarten), **Kaatschberg** (Sperré über Bautzmann aus Lützen), **Halle a. d. S.** (Sperré über Steger in Passendorf);

Thüringen:

Arnstadt (Sperré über Gressler), **Ronneburg** (Sperré über Kretschmar);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Wittingen (Streik), **Stadthagen** (Sperré über Pape in Nordsehl und Pape in Helsen), **Misburg** (Sperré über die Zementfabrik Germania), **Münster, Westerstede u. Umgegend** (Differenzen), **Visselhövede** (Differenzen), **Nordenham** (Sperré über die Bauten der Metallwerk-Aktionsgesellschaft), **Giesmarode** (Sperré über den Neubau des Schöninger Bahnhofes), **Grassendorf** (Sperré über Thiele aus Lehrs), **Nordenham** (Sperré über die Metallwerke Unterveeser);

Hessen:

Rinteln (Sperré über Ackemann in Oberkirchen und Ebeling in Vehlen);

Westfalen und Rheinland:

Elberfeld-Barmen (Sperré über den Unternehmer Wipperfirth aus Gersheim und über die Arbeiter der Firma Diedrich & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), **Düsseldorf-Bonn** (Sperré über Zensen), **Kaiserswerth** (Sperré über die Bauten der Diakonissenanstalt), **Castrop** (Sperré über Kleine, Lamperts und Velleuer), **Sollingen** (Sperré über Fischer), **Wermelskirchen** (Sperré über Hussels), **Oberhausen** (Sperré über Vollbracht);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Hassloch (Sperré über Steidel), **Mülhausen** (Sperré über Trapp, Entwässerungskanal);

Bayern:

Bayreuth (Sperré über Hoffmann, Realschule);

Fliesenleger:

Mülheim-Ruhr (Sperré über Möhlenbruck & Matheis, Kiel (Differenzen).

Isolierer und Steinholzleger:

Celle (Streik bei der Firma Haacke & Co., auch bei deren Filialen in Berlin und Hamburg), **Mannheim-Ludwigshafen** (Sperré über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik).

Schweiz:

Olten (Streik), **Bern** (Differenzen);

Oesterreich:

Kladno, **Ledeo a. S.**, **Prossnitz**, **Triesch**.

Gau Berlin.

In **Wittstock** hatten die Kollegen neulich versucht, ihren nun schon drei Monate dauernden Abwehrstreik durch Verhandlungen zu beenden. Man wandte sich daher an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes, und dieser antwortete: Mit dem Zweigverein über einen Arbeitsvertrag zu verhandeln, lehnt der Arbeitgeberverband ab, doch steht es den einzelnen Maurern frei, unter Anerkennung unserer Ihnen seinerzeit übergebenen Vertragsentwürfe bei ihren früheren Arbeitgebern um Arbeit anzurufen. Nach dieser Antwort ist nun noch kein Ende des Kampfes abzusehen; denn auf die Verschleppungspläne der Unternehmer können die Kollegen natürlich nicht eingehen.

Gau Bremen.

Aus **Nordenham** erfahren wir von Versuchen, den tarifmäßigen Lohn von 55 $\frac{1}{2}$ pro Stunde auf 45 $\frac{1}{2}$ zu kürzen, und zwar handelt es sich um das Metallwerk Unterveeser. Diese Firma sucht in auswärtigen Zeitungen Maurer für einen Lohn von 45 $\frac{1}{2}$; vorläufigerhand wendet sie sich nur an Unorganisierte. Das Werk ist gesperrt, da die Verhandlungen keine Einigung brachten. Wir bitten die Kollegen allerorts, auf die Anzeigen dieser Firma zu achten und für Aufklärung zu sorgen.

Gau Köln.

Die Kollegen in **Wermelskirchen** hatten schon länger darüber zu klagen, daß die Firma Daniel Hussels auf der Baustelle in **Dennepe** nicht den dort ortsüblichen Lohn zahlte und ebenfalls das Fahrgehalt nicht vergütete. Die Kollegen beschloßen, zunächst abzuwarten, bis der neue Tarif in Kraft trete, um dann zu sehen, ob die Hussels den vereinbarten Bestimmungen folge. Er wurde in der Zwischenzeit aufgefordert, wenigstens den alten Tarif aufrechtzuerhalten. Es trat aber keine Besserung ein, vielmehr erklärte Hussels brüsk: Was kümmert mich der § 5 (in dem vereinbart war, das Fahrgehalt sei bei auswärtigen Arbeiten vom Meister zu bezahlen), was geht mich der § 5 an? Wer von den Wermelskirchenern das Fahrgehalt haben will, kann aufhören. Aus diesem Grunde wurde nun Hussels durch Gaultier-Wuth dahin veranlaßt, daß Wuth bei ihm vorpredigen würde, um mit ihm über die neuen Vertragsbestimmungen für Wermelskirchen zu sprechen. Hussels ließ durch seinen Geschäftsführer, dem Gaultier-Wuth wissen, er verhandle nicht mit ihm. Hieraus haben nun die organisierten Kollegen auf der Baustelle in **Dennepe** die Arbeit niedergelegt. In der darauf abgehaltenen Versammlung wurde nun beschlossen, Hussels auf der ganzen Linie zu sperren. Hussels hat Bauten in **Elberfeld**, **Dennepe**, **Wipperfurth** und **Wermelskirchen**. Hussels macht die größten Anforderungen, um „Arbeitswillige“ zu bekommen. Es haben sich auch bereits einige gefunden, die sich bisher weigerten, die Arbeit einzustellen. Unter ihnen sind einige Hilfsarbeiter von **Elberfeld**, die streikenden Kollegen schon öfter in den Mäden gefaßt haben. Unsere Aufgabe muß es jetzt sein, diese Leute von der Vertretung ihres Treibens zu überzeugen.

Gau Hannover.

In **Wittingen** ist es nun doch nicht ohne Streik abgegangen. Unsere Kollegen hatten am 11. August den Unternehmern, soweit diese Arbeiten ausführen hatten, eine Forderung

auf zehnstündige Arbeitszeit und 40 $\frac{1}{2}$ Lohn zugesellt. Bis her betrug der Lohn bei elfstündiger Arbeitszeit 35 $\frac{1}{2}$. Eine Aussprache mit den Unternehmern Schulte und Stemerling führte dahin, daß beide die Forderung bewilligten. Eine dritte Firma hatte schon seit längerer Zeit 40 $\frac{1}{2}$ gezahlt und war auch mit der zehnstündigen Arbeitszeit einverstanden. Montag, den 17., Dienstag, den 18. August, wurde auch nur 10 Stunden gearbeitet und die bei der mündlichen Verhandlung getroffenen Abmachungen sollten schriftlich niedergelegt werden. Aber nachdem die Sonne zweimal auf- und untergegangen war, hatten sich auch die Meinungen der beiden Unternehmer geändert: Man verweigerte jede schriftliche Anerkennung der Abmachungen. Unsere Kollegen hatten nun nichts eiligeres zu tun, als in den einzelnen Orten die Kollegen zu verständigen, am Mittwoch die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Am 23. August hat nun der Arbeitgeberbund Versammlung und wahrscheinlich wird am folgenden Tage Verhandlung sein. Vielleicht kommt eine Verständigung zu Stande, vielleicht auch nicht. Eine persönliche Aussprache zwischen Herrn Schulte und dem Gaultier-Wuth hat ergeben, daß Schulte nach wie vor Anhänger der zehnstündigen Arbeitszeit und eines Stundenlohnes von 40 $\frac{1}{2}$ ist. Woran fehlt es denn nun?

Ueber das Geschäft des Unternehmers Pape aus **Mordelshausen**, **Stadthagen**, der zur Zeit für seine Rechnung für Zwecke der Kanalbauverwaltung einen Neubau ausführt, ist die Sperré verhängt. Pape kann sich nicht dazu verstehen, den durch Kampf errungenen Stundenlohn von 37 $\frac{1}{2}$ zu zahlen. Er ist der Überzeugung, daß ein Stundenlohn von 35 $\frac{1}{2}$ eine ganz gute Bezahlung für einen Maurer sei, und da seine Maurer noch nie mehr verlangt haben, müßten doch diese derselben Meinung sein. Selbstverständlich ist die einzige Tugend „seiner Leute“ zu sein. Eine geregelte Lohnzahlung ist bei Pape nicht üblich. Wenn jemand von „seinen Leuten“ dringend des klingen des Metalles bedarf, geht er mit dem Gut in einem Arm zum Meister und bittet um Vorschuss. Eine Aufforderung findet sonst zu Weihnachten statt. Ueberhaupt scheint Pape es als ein besonderes Geschäft zu betrachten, daß er „seinen Leuten“ überhaupt Arbeit verschafft, wie er auch der Meinung ist, daß in ein paar Wochen der Stundenlohn in Stadthagen wieder auf 30 $\frac{1}{2}$ sinken würde. Pape räumt sich, Mitglied des Arbeitgeberbundes zu sein. Nach seinen sozialpolitischen Auffassungen zu urteilen, scheint die erzieherische Wirkung seiner Organisation bei ihm aber große Verbesserungen angestrebt zu haben. Hoffentlich dämmert es bald bei „seinen Leuten“. Daß dieselben nicht organisiert sind, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Aus demselben Grunde ist auch über den Bau des Unternehmers Pape aus **Helsen** die Sperré verhängt. Die Stadthager Kollegen wollen es sich nicht länger gefallen lassen, daß aus den städtischen Ortschaften Unternehmer für billigeren Lohn Arbeiten in Stadthagen ausführen. Unter solchen Umständen verhältnissen sind auch die Unternehmer am Ort nicht in der Lage, geregelte und anständige Löhne zu zahlen. In obigen schmutzigen Konkreten können aber noch andere! Da sind noch die Heringskänger, über die wir früher schon berichtet haben. Dann kommen noch die Vergeltung! Diese Leute scheinen die allwissende Schicht unter Tage nicht genügend zu erwidern, denn in ihrer freien Zeit verrichten sie noch Bauarbeit! Manches kleine Häuschen, aber auch manches große ist von diesen Leuten hergestellt worden. Es wird die höchste Zeit, daß unsere Stadthager Kollegen sich aufrufen und alles daran setzen, um sich solche schmutzigen Konkurrenten vom Hals zu schaffen. Aber es wird auch Sache des Bergarbeiterverbandes sein müssen, sich mit dieser Frage zu befassen.

Gau Leipzig.

In **Grimma** hatten die Unternehmer in einer am 10. August stattgefundenen Verhandlung für dieses Jahr jede Lohn-erhöhung abgelehnt, das nächste Jahr wollten sie einen ganzen Pfennig bewilligen. Eine am 14. August stattgefundene Versammlung unserer Kollegen lehnte das Angebot ab, was den Unternehmern natürlich mißfiel. Die Unternehmer erklärten nun in einem weiteren Schreiben vom 17. August, daß sie darauf nicht zu erwidern hätten. Am 21. August hat nun eine Maurerverammlung den Streik beschlossen.

Gau Magdeburg.

Der Streik in **Stassfurt** dauert fort und wird mit derselben Energie weitergeführt. In den letzten Tagen sind Verhandlungen eingeleitet worden.

Gau München.

In **Barockheim** hat nun endlich auch der Unternehmer Sterzer der Vereinbarung zugestimmt, wonach die Sperré über dessen Geschäft aufgehoben ist. Sterzer war vor und bei Beginn des Abwehrstreiks einer der vernünftigen Unternehmer, er ließ sich nur von Nagler ins Schlepp nehmen. Als aber dann die beiden anderen Unternehmer dem Druck der Verhältnisse nachgaben und ohne Sterzers Wissen unsere Forderung bewilligten, legte sich der Mann in den Kopf, seiner ganzen Vermögen zu verlieren, als den getroffenen Abmachungen zuzustimmen. Seit Beginn des Streiks, am 20. Mai, hatte Sterzer auch nicht einen Maurer zur Verfügung; er kann sich nun bei seinem Eigensinn und Herrn Nagler für seinen Schaden bekamen. Es wurde vor Beginn des Streiks unterstellt, gewiß alles getan, um die Sache in glücklicher Weise zu regeln, aber die Unternehmer unterschätzten die Solidität der Barockheimer Maurer. Unsere Kollegen aber können mit Stolz auf diesen Kampf zurückblicken.

In **Bad Aibling** wurde am 18. August die Forderung an die Unternehmer eingeleitet. Verlangt werden 44 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und die üblichen Zuschlagssummen. Eine Antwort der Unternehmer ist bis jetzt noch nicht eingegangen, wie sie sich dazu stellen werden, kann man deshalb noch nicht beurteilen. Von den Unternehmern gehört ein Teil dem Arbeitgeberverbande an, die anderen werden wohl jetzt noch schnell Unterschlupf suchen.

Gau Oberschlesien.

In **Neustadt i. Oberschl.** bestehen im Maurergewerbe noch Klassenlöhne von 32 $\frac{1}{2}$ abwärts. Die dort beschäftigten Kollegen hatten sich nun erst an die Innung, später an den Arbeitgeberbund gewandt, um den Lohn einheitlich auf 32 $\frac{1}{2}$ festzulegen. Die Angelegenheit wurde aber nicht gleich erledigt, obwohl unsere Kollegen auf Beschleunigung drängten. Der Vorsitzende des zuständigen Arbeitgeberbundes, Herr Anders in Reife, ersuchte darum, bis zur Beendigung der eingeleitenden Verhandlungen von Arbeitsniederlegungen abzusehen. Unsere

Kollegen waren gewillt, diesen Wunsch zu erfüllen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Sache nicht in die Länge gezogen und besonders auch von den Unternehmern nichts Feindseliges unternommen würde. Darin sahen sie sich jedoch getäuscht. Nicht allein, daß der Provinzialverband des Arbeitgeberbundes in Breslau nichts von sich hören ließ, sondern der Unternehmer Schulte entließ organisierte Kollegen und fügte bedeutend den Lohn. Danach konnten die Kollegen auf die Wünsche des Arbeitgeberbundes keine Rücksicht mehr nehmen. Sie stellten bei Schulte die Arbeit ein und sperrten sein Geschäft, soweit er in der Stadt Arbeiten hat. Unter den Entlassenen befand sich auch der christliche Vertrauensmann, so daß sich auch die Christlichen jedenfalls dem Sperrbeschluß anschließen werden.

Fliesenleger.

Der Arbeitgeberverband in **Kiel** will den Tarifstreik der Fliesenlegerinhaber unterstützen. Wie schon früher berichtet, haben die Fliesenleger versucht, den Plattenlegern trotz der streikenden Beträge Lohnabzüge zu machen und dann die verabsagten Löhne durch einen neuen Tarifvertrag festzusetzen. Auf eine Aufforderung des Arbeitgeberverbandes, über den Abschluß eines neuen Vertrages in Verhandlungen einzutreten, haben sich die Kollegen in **Kiel** unter der Bedingung — trotz dem bestehenden Beträge — einlassen wollen, daß irgendwelche Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht eintreten dürften. Hieran hat der Vorstand des Arbeitgeberverbandes folgendes Schreiben an unseren Vorstand in **Kiel** gerichtet:

An den Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein **Kiel**, Sektion der Fliesenleger in **Kiel**.

In Verantwortung des dreizehnten Schreibens vom 17. d. M. teilen wir hierdurch mit, wie die vom dortigen Verband gesperrten Firmen der Plattenbranche in einer heute abgehaltenen Versammlung sich einstimmig dahin erklärt haben, daß eine weitere Vertiefung mit den Plattenlegern wegen Festsetzung eines neuen Lohnstarifes zwecklos verlaufen würde, da die nach dem dortigen Schreiben hierfür auszubehenden Voraussetzungen: Zergemeine Beschleunigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen darf nicht eintreten, von seiten der Arbeitgeber abgelehnt wird.

Wir geben dem dortigen Vorstand folgendes zu bedenken: Der von Ihnen herangezogene Lohnstarif ist unter der seinerzeit herrschenden Verhältnissen im Tapirgerwerbe von Plattenanlegern den Arbeitgebern aufgegeben worden, obgleich die in demselben festgesetzten Abfordränge wesentlich höhere waren, als sie in anderen Großstädten vereinbart sind; außerdem stehen diese Sätze in keinem richtigen Verhältnis zu den übrigen im hiesigen Baugewerbe geltenden Lohnsätzen. Die jetzt gesperrten Plattenfirmen haben wohl die in dem Kieler Tarif festgesetzten Lohnsätze gezahlt, aber nie diesen Tarif für sich als rechtsverbindlich anerkannt. Bei der auch in der Plattenbranche jetzt eintretenden neuen Geschäftslage und dem Preisdruck, der sich auf für ihre Fabrikate bemerkbar macht, ist es diesen Firmen nicht mehr möglich, heute noch die gegenüber anderen Großstädten wesentlich höheren Preise des von Ihnen herangezogenen Kieler Tarifes gewähren zu können.

Es hält für die hiesigen Plattenfirmen schon schwer, unter Zugrundelegung der jetzt bei ihnen eingeführten niedrigen Abfordränge des Hamburger Tarifes mit auswärtigen Firmen konkurrieren zu können.

Im weiteren wollen wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es bereits mehreren der gesperrten Firmen gelungen ist, für die im Vergleich zu den letzten Jahren nur höchst eintausenden Aufträge auswärtige Plattenanleger zu den Sätzen des Hamburger Lohnstarifes in durchaus notwendiger Weise einstellen zu können. (Ein Christlicher, mit Namen Schneegans, der angeblich durch die „fauchigsten Schwärzer in Hamburg nach Kiel als Streikbrecher vermittelt wurde. Anmerkung des Berichterstatters). Bei dieser Sachlage können wir es im Einverständnis mit den hiesigen Plattenbranche-Firmen ab, in weitere Verhandlungen mit den Plattenanlegern einzutreten, solange diese bei der im vorliegenden Schreiben vom 17. d. M. zur Bedingung gemachten Grundlage beharren.

Wir bitten, uns bis einschließlich Sonnabend, den 22. d. M., mit einer definitiven Antwort über die vorstehende Stellungnahme in dieser Sache zu versehen, da wir sonst nach Ablauf dieser Frist weitere Ersatzkräfte für die hiesigen streikenden Plattenanleger von auswärts heranziehen werden.

Hochachtungsvoll

der Vorstand des Arbeitgeberverbandes **Kiel**

J. Franen, Vorsitzender.

In diesem Schreiben gibt Herr Franen selbst zu, daß ein Vertrag besteht. Dieser Vertrag ist von den Firmeneinhabern unterzeichnet; daß dieser Unterzeichnet abgezwungen sein soll, hört sich sehr komisch an, namentlich aus dem Munde des Herrn Franen, der eigentlich von den Vertragsverhandlungen mit den Plattenanlegern bei Abschluß des letzten Vertrages in **Kiel** genau wissen sollte, was es heißt, der Gegenpartei einen Vertrag abzuwingen. Angesichts dieses Verhaltens der Kieler Plattenanleger fordern wir unsere Kollegen erneut auf, den Zug von Plattenanlegern nach **Kiel** fernzuhalten.

Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1908.

(Schluß.)

Gau Dresden.

(Teile vom Königreich Sachsen.)

Die Bautätigkeit war in **Dresden** und **Umgegend** im ersten Halbjahr 1908 noch schlechter als im vorigen Jahre, obgleich im vorigen Jahre schon sehr wenig zu tun war. Die Privatbautätigkeit liegt ganz daneben, weil am Jahresanfang immer noch ein zu hoher Prozentsatz leerstehender Wohnungen vorhanden war. Dann kam der hohe Baubaukosten noch hinzu, wodurch den Baupflichtanten der Appetit vollends verborben wurde.

In **Pirna** ist ebenfalls die Bautätigkeit schlechter als im vorigen Jahre. Ueber leerstehende Wohnungen kann dort nicht gesagt werden; aber der Baubaukosten wird auch hier die Ursache schlechter Bautätigkeit sein. In **Miesitz** ist es ebenso. In **Meißen** ist es nicht viel besser, doch ist die Bautätigkeit nicht schlechter

Kaffierter Gash vorgetragene Abrechnung vom ersten Halb-jahr ergab folgendes Bild: Es wurde für die Hauptkasse eine Einnahme von 11 712,35 erzielt. Die Ausgabe dagegen betrug 5181,09. Mit hin wurden 6531,21 abgeschrieben. Die Einnahme der Kasse betrug 3300,09, die Ausgabe 3552,60; Kassenbestand 5813,49, wovon 14076 beim Allgemeinen Konsumverein und 1839,24 auf der Sparkasse angelegt sind. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des vierten Quartals v. J. 951. Im ersten und zweiten Quartal wurden 373 Kollegen neu aufgenommen, zugereist kamen 430, abgereist sind 112, gestorben 3, ausgeschieden 6, und wegen Schulden gestrichen wurden 12, bleibt am Schlusse des zweiten Quartals 1908 ein Mitgliederbestand von 1821. Davon sind 991 Ausländer, und zwar 386 Deutscher und 5 Italiener. Eine solche hohe Zahl hatte der hiesige Zweigverein mit Ausnahme des Jahres 1904 noch nie zu verzeichnen. Nach dem Jahre 1904 sank die Mitgliederzahl bis auf 552 herab; von da an ist sie bis zum Schlusse des zweiten Quartals dieses Jahres stetig gestiegen. Die Mitgliederzahl erreicht in der Regel den Höhepunkt am Schlusse des dritten Quartals; dies ist aber dieses Jahr hier ausgefallen, da hier gegenwärtig eine derartige Arbeitslosigkeit vorhanden ist, daß Hunderte von Kollegen gezwungen sind, das hiesige Zweigvereinsgebiet zu verlassen. Es sind wohl in den letzten Jahren hier bedeutende Fortschritte gemacht worden, doch kann uns dies absolut keinen Anlaß geben, zufrieden zu sein; uns steht vielmehr noch ein weiteres Feld zur Bearbeitung offen. Dies beweist eine Statistik, die am 29. und 30. Juli hier aufgenommen wurde und die Anwesenheit von 1993 Mauern ergab. Die Statistik hat weiter ergeben, daß Röhre von 38 bis 70 bezahlt werden. Die Röhre über 50 pro Stunde erhalten solche Kollegen, die im Tiefbau und in Spezialberufen arbeiten. Die Röhre unter 47, werden in der Umgebung bezahlt. Vereinfacht ist ein Stundenlohn von 47 bis 50, so daß werden hauptsächlich die niederen Klassen bezahlt, so daß nur ein Durchschnittslohn von 48½ pro Stunde festgesetzt worden ist. Daß die niedrigeren Klassen von den vereinbarten Kollegen bezahlt werden, findet dadurch Erklärung, daß wir ebenfalls unter der Krise zu leiden haben, doch ist auch die Mordarbeit mit daran schuld, die in so krasser Weise ausgedehnt ist. Man sollte gerade jetzt, wo die Arbeitslosigkeit so groß ist, etwas mehr Solidarität walten lassen und die Mordarbeit vermeiden. Die Versammlung beschloß, am 28. September einen Lichtbildervortrag halten zu lassen, wozu die Kosten aus der Lokalität gedeckt werden. Ferner wurde beschlossen, einen ausgeschiedenen Kollegen wieder aufzunehmen. Nachdem der Vorsteher, Kollege Reiter, die Anwesenden aufgefordert hatte, auch ferner für unsere gerechte Sache tätig zu sein und gerade in der gegenwärtigen Zeit sich mehr denn je um das Banner der Organisation zu scharen, wurde die Versammlung geschlossen.

Offen-Motthausen. Mit dem Inkrafttreten des neuen Vertrages am 1. Juli, stieg im Bereich der Ortsgruppe Stoppenberg der Lärmschall von 53 auf 55 s. Zu dem in Frage kommenden Gebiet gehören die Ortschaften: Stoppenberg, Katzenberg, Motthausen, Krah-Leithe, Schönebeck und Gröden. Wir waren davon überzeugt, daß bei der herrschenden schlechten Konjunktur die Unternehmer sich, solange es ging, von der höheren Lohnzahlung drücken würden. Als unsere Kollegen im Juli bei den Lohnzahlungen auf die Lohnsteigerung aufmerksam machten, gebrauchten die meisten Unternehmer die Ausrede, sie wüßten nichts davon. Nun brachte die „Allgemein-Beitragliche Arbeiter-Zeitung“ im Juli eine besondere Notiz an die Unternehmer, mit dem Hinweis, daß die höheren Röhre vom 1. Juli gezahlt resp. nachgezahlt werden müßten. Demnach scheinen die Unternehmer keine Aufmerksamkeit ihrer Zeitung zu sein, scheinen auch das ganze Jahr geschlafen zu haben, wenn sie sagen, sie wüßten nichts davon. Es wird notwendig sein, einige Firmen namentlich hier anzusprechen. In Katzenberg hatte der Unternehmer Scheepers das neue Lohnsystem in Arbeit (jetzt im Mottbau fertig). Unsere Kollegen (es kamen nur einige sogenannte „Christen“ mit in Frage), konnten erst nach mehrmaligem Vorstellen und unter Androhung der Exzesse durchdringen, daß ihnen der Lohn vom 1. Juli ab nachgezahlt wurde. Die Firma Eder & Rogge, manchem Kollegen wohl bekannt, zahlte auch nicht. Auch hier mußte von den Kollegen energig nachgeholfen werden, um den Genuß des höheren Lohnes zu erlangen. Nachgezahlt wurde nicht. An den Kolonnenbauern der Gasse „Erntefest“ in Stoppenberg, von obiger Firma ausgeführt, wurden am 10. August noch immer 53 s. gezahlt. Die dort beschäftigten Kollegen haben Angst vor Entlassung, wenn sie vorstellen werden. Ob diese Furcht begründet ist, bezweifeln wir. Außerdem ist es in Motthausen die Firma Reubrod (beschäftigt nur „Wilde“), die jetzt noch 53 s. zahlt, ebenso Spieker & Kötze und Galle. Unternehmer Reubrod erklärt, nur höchsten 55 s. geben zu wollen und wenn es 60 s. seien, das läme ihm nicht darauf an. Wie festgestellt wurde, bezahlt er sämtlichen Kollegen 55 s. In Schönebeck sind es die Unternehmer Reitemeyer und Wolmer, die heute noch nicht wissen, daß sie den Tarif einhalten müssen. Lieber eine diesbezügliche Notiz in der Arbeiterzeitung hat sich Reitemeyer tolllos aufregt. Im allgemeinen kann konstatiert werden, daß bei den Unternehmern, die etwas Arbeit haben, der Lohn von 55 s. gezahlt wird. Bemerkenswert ist, daß in Motthausen der Unternehmer Runkle und der Arbeiter Fenger, das ganze Jahr hindurch 55 s. zahlten. In Krah zahlte der Unternehmer Reute seit 1900 nicht mehr erlebt. Bei der Statistik am 28. Juli wurde a. B. in Motthausen ein einziger Neubau bis zur Endhöhe vorgefunden. Alle anderen Bauten waren entweder pufferig oder zum Beziehen fertig. Die ansässigen Kollegen sind daher gezwungen, nach auswärts zu gehen. In Krah war im Frühjahr eine lebhaftige Bautätigkeit, es war aber nur ein Strohfeuer, denn heute ist daselbst vom Bauen wenig zu hören. Ebenso ist es in den anderen Orten. In Katzenberg ist auf Jahre hinaus an eine Privatbautätigkeit nicht zu denken. In dieser Gemeinde beherbergt die Bergwerks-gesellschaft „Hollverein“ den Grund und Boden. Ähnlich ist es in den anderen Orten. Trotzdem ist von Mottlosigkeit bei unseren Kollegen nichts zu spüren. Wissen wir doch,

was wir der Organisation zu danken haben. Betrug im Jahre 1904 der Stundenlohn 40 bis 45 s., so ist der Mindestlohn, den die Unternehmer heute verpflichtend zu zahlen, 55 s. Also in vier Jahren eine Steigerung des Stundenlohnes von mehr als 10 s., die die Organisation für uns errungen hat. Deshalb treu und fest zum Verbande gehalten. Erwähnt sei noch, daß in Motthausen von Gewerkschaften und Partei der Böhmer über die Wirtschaft, Arbeiter verhängt wurde, weil der Inhaber in brüster Weise sein seinen Saal zur Abhaltung von Versammlungen verweigerte. Die Kollegen werden ersucht, sich streng danach zu richten. Das Verbandslokal wurde von Wirt Verlage nach dem Wirt Leopold Koll, Grundstraße, verlegt. Der Versammlungsbesuch ist zwar nicht so groß, aber immerhin sehen einige Kollegen, die permanent die Versammlungen schwänzen. Auch diese müssen sich den Schlaf aus den Augen reißen, denn es gilt, die Zeit bis zum Jahre 1910 so auszunutzen, daß wir nicht infolge schlechter Organisationsverhältnisse leer ausgehen.

Graubenz. Sonntag, den 16. August, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die leider schwach besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Wendenst, unterzog die Interessierten der Kollegen im Versammlungsbesuch einer heißen Kritik. Wohl ist es möglich, daß er hervor, der Leitung nach Möglichkeit die Arbeit zu erleichtern, aber an dem Ausbau der Organisation mitarbeiten, dazu haben die meisten Kollegen keine Lust. Die Arbeiten werden nie immer einigen Kollegen überlassen. Was so, Kardon? Es wird gesagt: Wir haben doch jetzt einen angestellten Beamten, der kann arbeiten, was haben wir nötig zu helfen? Ob es nicht die höchste Zeit ist, dieser Gleichgültigkeit zu steuern, bevor sie uns allen zum Verhängnis wird? Wohl muß zugegeben werden, daß die Arbeitslosigkeit, die sich in diesem Jahre in erschreckender Art bemerkbar macht, viel Schuld daran trägt. Aber ein Entschuldigungsgrund ist sie für keinen Kollegen, der systematisch die Versammlungen schwänzt. Haben die Kollegen denn schon vergessen, daß sie für keinen Kollegen der Organisation geschieden wurde? Ist es nicht allen noch frisch im Gedächtnis, als vor 9 bis 10 Jahren, da wir noch keine Organisation hatten, die Unternehmer uns nach allen Regeln der Kunst ausbeuteten? Wänschen einige Kollegen diese Zeit wieder? Vor acht Jahren, vor dem Besiegen der Organisation, hatten wir noch Röhre von 28 und 30 s. pro Stunde, heute haben wir es auf 47 s. pro Stunde gebracht; die Arbeitszeit ist von 11 auf 10 Stunden verkürzt und geregelte Verhältnisse sind geschaffen worden. Jeder Kollege der ehrlich sein will, muß zugeben, daß dies nur Erfolge der Organisation sind. Ohne die Organisation hätten wir heute noch jene verrotteten ökonomischen Zustände, wie wir sie noch in nächster Nähe unseres Zweigvereins, z. B. Krumm, Krumm, Krumm, Krumm u. a. haben. Deshalb muß ausgesprochen für die Organisation agitiert werden. Kollege Wendenst erläuterte weiter die Skizze auf einigen Bauten eines Unternehmers. Für wenige Pfennige, die der Unternehmer den Kollegen über den üblichen Lohn zahlt, verarbeiten sie 1500, 1800 Steine. Ja, es ist schon vorgekommen, daß sie 2000 Steine pro Tag vermauert haben. Wieviel unserer Kollegen, die heute arbeitslos sind, könnten noch Arbeit finden, wenn es nicht unverständliche Kollegen gäbe, die im Interesse des Unternehmers schäufeln, und ihre eigenen Kollegen durch unheimliche Arbeit dem Hunger Preis geben. Diefem Uebel muß von den Kollegen entgegen gearbeitet werden. Soffentlich nehmen unsere Graubenz-Kollegen Vernunft an und beweisen, daß sie alle gewillt sind, für ein besseres Dasein zu kämpfen. Es wurde beschlossen, unsere Mitglieder- versammlungen auf jeden dritten Donnerstag im Monat zu verlegen. Hierdurch soll jedem Kollegen Gelegenheit gegeben werden, die Versammlungen besser zu besuchen. Scharf geistete Wendenst noch das Betragen einiger Kollegen, die es fertig gebracht haben, unseren eigenen Kollegen von der polizeilichen Organisation abzurufen. Zum Schluß sagte Kollege Wendenst kurz seine Ausführungen nochmals zusammen, und forderte die Kollegen auf, Mann für Mann dafür Sorge zu tragen, daß die bestehenden Verhältnisse beseitigt würden. Dieses könne aber nur geschehen, wenn alle Kollegen ihre Pflicht tun. Mit einem dreifachen Hoch auf unsere Organisation wurde dann die Versammlung geschlossen.

NB. Die nächste Mitgliederversammlung findet Donnerstag, den 24. September, Abends 7 Uhr, statt.

Gumbinnen. Von den Unternehmern werden jetzt Maurer nach hier gesucht, obwohl nicht einmal alle ansässigen Kollegen beschäftigt sind. Wir bitten, auf diese Anzeigen nicht einzugehen.

Gummersbach. Wenn es uns im hiesigen Zweigverein im vorigen Jahre möglich war, unsere Mitgliederzahl erheblich zu steigern, so ist diese Steigerung in diesem Jahre aus, und es machte sich auch noch ein großer Niedgang bemerkbar. Schuld hieran ist die schlechte Konjunktur und auch die Interessenlosigkeit der Kollegen. Deshalb haben auch die Unternehmer schon Lohnzüge gemacht und die Arbeitszeit von 10 auf 11 Stunden verlängert. So sagte zum Beispiel der Unternehmer Paul Bremer zu seinem Sohn drei Jahre bei ihm beschäftigten Kollege und einigen anderen Maurern, er könnte den Lohn von 52 s. nicht mehr bezahlen, denn es wäre jetzt eine schlechte Zeit; die Arbeiter könnten ja 11 Stunden arbeiten und 2 s. billiger, dann hätten sie ebensoviele. So machen es aber noch mehr Unternehmer, wie auch die Bauwirtschaft ergab. Es erhielten 3 Kollegen 55 s., 52 s. 2, 39 s. 3, 19 s. 4 s., 7 s. 4 s. 1. 40 s. Angetroffen wurden 26 Unternehmer; 18 ließen 11 Stunden, 12 10 Stunden und ein Unternehmer 10½ Stunden arbeiten. In diesen Beispielen können die Kollegen wieder sehen, was die Arbeiter in der schlechten Zeit zu leiden haben. Anstatt sich aber dem Verstande anzuschließen und ihre Beiträge zu bezahlen, hört man überall, wo man hinkommt, daß die Kollegen die Beiträge nicht mehr bezahlen wollen. Deshalb ist auch die Mitgliederzahl zurückgegangen. Kollegen, das muß wieder anders werden! Denn wenn es so weiter geht, haben wir im nächsten Jahre wieder 45 s. anstatt 52 s. Stundenlohn. Deshalb muß jeder Kollege wieder dem Verstande beitreten und seinen Beitrag bezahlen, damit wir uns unseren Tarif sichern und zu gegebener Zeit auch noch etwas erobern.

Sädingen i. Eif. Der hiesige Zweigverein hielt am 9. August seine Monatsversammlung ab, die trotz der wichtigen Tagesordnung nur sehr mäßig besucht war. Zum ersten Punkt: Einführung eines Kassa-Verfahrens, sprach Kollege Schmitt und legte dessen Notwendigkeit dar. Bis jetzt hatten die Kollegen einen Kassa-Verfahren von 15 s. pro Monat zu entrichten. Derselbe wurde in Form einer 15 s. Karte für jeden Monat ausgeteilt. Einzelne Kollegen, die es mit den Verbandsinteressen ernst meinten, haben die Kassa-Verfahren regelmäßig geleistet, aber der größte Teil unserer Kollegen sah sich dazu nicht verpflichtet. Um nun diesen Mangel zu beseitigen, machte der Vorstand den Vorschlag, den Kassa-Verfahren zugleich mit den Beitragsmarken einzuführen zu lassen, und zwar so, daß statt der 40 s. Beitragsmarken solche von 45 s. eingeführt werden, nämlich 40 s. Beitrag und 5 s. Kassa-Verfahren. Einige Kollegen sträubten sich dagegen und wollten diesen Punkt bis später verschoben haben. Bei der nun folgenden Abstimmung ergab sich eine Mehrheit für den Antrag. Der Kassa-Verfahren soll vom 1. September ab eingeführt werden. Die Wahl eines Kassaführers für Wenzweiler mußte verschoben werden, weil sich für diesen Posten kein geeigneter Kollege finden ließ. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Einberufung einer Bezirkskonferenz für den oberen Grenzbezirk. Der unglückliche Streit von Basel im vorigen Jahre hat uns gelehrt, daß wir Mittel und Wege finden müssen, um uns mit unseren schweizerischen Kollegen bei einer eventuellen Lohnbewegung zu verständigen. Wir verlangen, daß wir, falls es zu einer Lohnbewegung kommen sollte, zu den Beratungen hinzugezogen werden. Wir stellen uns unserem Grenzbezirk die größte Anzahl der in Basel arbeitenden Maurer. Basel ist unsere Arbeitsstätte, und darum verlangen wir, daß wir vorher mit angehört werden, ob wir gewillt sind zu streiken oder nicht. Der letzte Streit in Basel hat uns viele Mitglieder gekostet, die in der 16. Woche Streikbrecher geworden sind und mit der größten Mühe nicht mehr zurückzuhalten waren, nachdem sie sahen, daß in Basel 500 Streikbrecher arbeiteten. Die Kaiser Zeitung hätte den Streit damals abbrechen und nicht bis in die 20. Woche führen sollen, als längst keine Aussicht auf Erfolg mehr vorhanden war. Wenn die Baseler Kollegen aus unserer Verbandskasse Zuschüsse erhalten, so verlangen wir auch mitzubereiten und mitzubestimmen. In letzter Zeit gehen die Baseler Kollegen noch daran, die von uns wegen Streikbruchs ausgeschlossenen Kollegen in ihre Reihen aufzunehmen. Ja, wo soll denn das hinführen? Das ist doch ein Verstoß gegen die Beschlüsse der internationalen Konferenz in Stuttgart. Alle diese Punkte sollen auf dieser Bezirkskonferenz, unter Zugiehung des Gewerkschaftsstandes und der leitenden Kollegen von Basel, verhandelt werden. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, die Konferenz in die Wege zu leiten, und überließ es ihm, alle hierzu erforderlichen Arbeiten zu tun. Im Punkt „Verständigung“ wurde bekannt gegeben, daß von jetzt an der Versammlungsbesuch durch Kontrollstempel bescheinigt werden soll. Kollege Schmitt erläuterte das Statut der Zentralstellen der Maurer, „Grundstein zur Einigkeit“, und erklärte, daß bereits Schritte unternommen seien, um hier eine Verwaltungsstelle der Kasse zu gründen. Nach einer erneuten Ermahnung des Kollegen Schmitt, die Versammlungen besser zu besuchen und in der Agitation für unsere Sache nie zu erlahmen, wurde die Versammlung geschlossen.

Lützenwalde. Sonntag, 16. d. M., hielt der hiesige Zweigverein seine Monatsversammlung ab. Imassenbericht wurde wiederum über schlechte Beitragszahlung geklagt. Der Kassierer, Kollege Gänseker, gab bekannt, daß die Kollegen, die bis zum September ihre vorjährigen Beitragsbeiträge nicht bezahlt haben, ihre Rechte als alte Mitglieder verlieren und als neue Mitglieder zu betrachten sind. Den Kartellbericht gab der Vorsteher, Kollege Arnold, er führte aus, daß vom Gewerkschaftsstand eine Bibliothek geplant sei. Dafür sollen von den Gewerkschaften pro Kopf 3 s. erhoben werden, der Quartalsbeitrag solle 3 s. betragen. Der Kollege Herrn. Schulze war gegen die Errichtung einer Gewerkschaftsbibliothek, da wir eine schöne Kasse und Bibliotheksbibliothek hätten, aus der sich die Kollegen und Genossen hinreichend geistig stärken könnten. Es wurde die Gründung der Bibliothek einstimmig abgelehnt. Im „Verständigung“ wurde vom Vorsteher Arnold bekannt gegeben, daß sich arbeitslose Kollegen im Arbeitersekretariat wöchentlich zweimal am Abend haben. Da der Kassierer Gänseker in der nächsten Woche eine gewichtige Stellung antritt, werden die Kassiergeschäfte von Kollegen Otto Hentze, Zehnacker, 7, vertreten. Der Vorsitzende wird in seiner Abwesenheit (Delegation zum Verbandstag) vom stellvertretenden Vorsitzenden, Kollegen August Wollschläger, Treuenbühnerstr. 115, vertreten. Die Kollegen werden ersucht, in der nächsten Versammlung zahlreicher zu erscheinen.

Muskau. Am 15. August hielt der hiesige Zweigverein seine Versammlung ab. Kollege Max Oder aus Görlitz war als Referent anwesend. In einer dreiviertelstündigen Rede erklärte er den Kollegen die Tarifverhandlungen in unserem Gewerbe der letzten Jahre, wobei er hauptsächlich den Nutzen der Organisation und die Kämpfe der vergangenen Jahre und ihre Erfolge zum Nutzen der Kollegen hervorhob. Eine bedeutende Erscheinung war, daß die Kämpfe in den letzten Jahren immer häufiger und heftiger wurden. Unter der Wucht der Kämpfe fiel ein Herrenstandpunkt nach dem anderen; jeder Schlag der Arbeiterorganisation wurde von unseren Kollegen abgewehrt. So die Aufsperrung von 1905; sie endete mit Abschluß eines Tarifs. Die Verhandlung wurde nur dadurch möglich, daß eine starke, wohlorganisierte Organisation vorhanden war. Auch in Muskau müßten wir den letzten Mann aus der Umgegend zur Organisation heranziehen. Die Kollegen müßten fleißig agitierten, zu Hause wie auf der Baustelle. Die Versammlung war von circa 40 Mitgliedern besucht, wo doch 85 vorhanden sind. Auch dies muß noch besser werden. In der nächsten Versammlung wird wieder ein Referent zur Stelle sein.

Paderborn. Da zur Zeit in Paderborn noch kein Zweigverein besteht, ersuchen wir die durchreisenden resp. dort und in der näheren Umgebung arbeitenden Kollegen, sich zur Empfangnahme des „Grundstein“ und „zur Be-

gleichung, reichender Beiträge bei Wilhelm Neumann, Geierstr. 17, bei Ewen, zu melden.

Potsdam. Die am 18. August abgehaltene Versammlung hatte einen ziemlich stürmischen Verlauf; handelte es sich doch darum, gegen Kollegen vorzugehen, die sich noch immer nicht zu der Überzeugung durchgerungen haben, daß das, was die Organisation nach jahrelanger, harter und mühevoller Arbeit erkämpft hat, hochgehalten, und daß jeder Versuch des Unternehmertums, das Erklämpfte illusorisch zu machen, auf das schärfste abgewiesen werden muß. In Frage kam hierbei ein Bau, der von einer Charlottenburger Firma auf dem Wilhelmplatz ausgeführt wird, und wo von den Kollegen eine Arbeitszeit abgefordert werden war, die gerade in der gegenwärtigen arbeitslosen Zeit als ein Schlag gegen die Organisation bezeichnet werden muß. Trotzdem über diesen Bau die Sperre verhängt worden war, hatte man es nicht für nötig befunden, diesen Bau solange zu meiden, bis die Sperre wieder aufgehoben wurde. Wenn auch inzwischen alles geregelt worden ist, so wird dennoch die nächste Versammlung nicht umhin können, gegen einige Kollegen, die sich bei diesem Disziplinbruch besonders hervortaten, den Ausschluss aus der Organisation zu beschließen. Einige örtliche Angelegenheiten sowie eine kleine Diskussion über den künftigen Verbandsrat, wo unser Delegierter hauptsächlich dafür eintraten soll, daß Ertragsbeiträge in Zukunft nur nach vorhergegangener Urabstimmung erhoben werden sollen, bildeten den Schluss der Versammlung.

Lauch. Sonnabend, den 15. August, hielt unser Zweigverein seine Monatsversammlung ab. Ein in Aussicht genommener Vortrag konnte nicht gehalten werden, da der Referent anderweitig in Anspruch genommen war. An dessen Stelle hielt Genosse Schmidt einen Vortrag über die deutsche Arbeiterbewegung. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Eine Diskussion hierüber erfolgte nicht. Aber die Meisteile entzogen sich eine heftige Debatte. Nach Versammlungsbeschluss hat jeder Kollege, der den 1. Mai nicht feiert, zwei Drittel des ortsüblichen Tagelohns, das ist M. 3,60, als Buße an die Kasse zu entrichten. Kollege Paul Schmidt stellte den Antrag, die Kollegen, die sich dem Beschluss nicht fügen und die Buße von M. 3,60 noch nicht gezahlt haben, aus dem Verband auszuschließen. Der Antrag wurde mit 10 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Der Maurer Otto Reined, der laut § 37 b Absatz 1 des Statuts im April ausgeschlossen wurde, hatte sich wieder zur Aufnahme angemeldet; er wurde gegen zwei Stimmen wieder aufgenommen. Es wurde die jüngst aufgenommene Statistik bekannt gegeben und für richtig befunden. Kollege Kähler verlangte Bericht wegen Übergabe der Verbandsgeschäfte an den neuen Vorstand. Der Bericht konnte aber nicht gegeben werden, da der Kassierer das Formular nicht zur Hand hatte. Kollege Jenner gab als Revisor einstweilen bekannt, daß alles in Ordnung gewesen sei. Es kam noch zur Sprache, daß verschiedene Kollegen Überstunden arbeiten. Es wird der Verwaltung überlassen, die Untersuchung darüber einzuleiten. Hierauf wurde die von 40 Mitgliedern besuchte Versammlung geschlossen.

Unterweilbach. Am 9. August tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die sehr schlecht besucht war. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom zweiten Quartal. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug M. 276,50, der Kassenoffizier betrug M. 181,58. Die Unternehmer scheinen die Schlappeit unserer Kollegen auszunutzen zu wollen, indem sie sich erlauben, die Kollegen einfach auf die Straße zu werfen. Dies zeigt ein Fall in dem Geflinger Baugeschäft in Weiselbach. Hier wurde vor einigen Tagen eine Revision durch die Baugewerkschaftsvereinskommission vorgenommen. Der Kostengeldes auf einem Bau glaubte richtig zu handeln, wenn er dem Revisor die Uebelsünde aufbaute. Wie es scheint, ist die Firma Geflinger in eine Geldstrafe gekommen. Die Folge davon war, daß der betreffende Kostengeldes, Kollege Gimmelschreck, entlassen wurde. Es müßte bei den Kollegen mehr Interesse für unsere Sache vorhanden sein. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 30. August, statt. Hoffentlich ist sie besser besucht, damit wir das, was wir bis jetzt veräumt haben, nachholen können.

Wetmar. Am 11. d. M. fand unsere regelmäßige ausnahmsweise gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Da der Schriftführer durch Abwesenheit glänzte und überhaupt in letzter Zeit den Verbandsmitteln andere vorzuziehen, wurde zunächst die Wahl eines neuen Schriftführers vorgenommen. Das Ergebnis der aufgenommenen Statistik war folgendes: Am Orte befinden sich 28 Unternehmer mit 21 Isolierern und 290 Gesellen, wovon 30 Ausländer (Italiener) sind. Diese sind beschäftigt auf 49 Bauten. Die Stundenlöhne der Gesellen sind folgende: 41 erhalten 60 s, 148 s, 247 s, 646 s, 6145 s, 12044 s, 2542 s, 140 s, 435 s, 134 s. Der Durchschnittslohn beträgt hiernach 44% pro Stunde. Daß sich das Resultat so ungünstig gestaltet hat, haben wir einerseits der Verschärfung des Tarifs, andererseits dem am Orte herrschenden Individualismus zu verdanken. Dieses Resultat rief eine lebhafteste Debatte hervor. Die Kollegen kritisierten die herrschenden Mißstände und die schlechte Behandlung auf den Bauten. Hierauf wurde die Wahl eines ersten Vorsitzenden vorgenommen. Gewählt wurde Kollege Meindorf, der bisher schon in Vertretung fungiert hat. „Verschiedenes“ brachte der Vorsitzende die erhaltenen Einträge zur allgemeinen Kenntnis. Ferner gab er bekannt, daß die Sammlung für einen erkrankten Kollegen M. 8,95 gebracht habe, die an ausländischer Stelle abgeliefert wurden. Nachdem der Vorsitzende den anwesenden Kollegen die Entfaltung einer wirksamen Agitation, die in Anbetracht der hier herrschenden traurigen Lage sehr notwendig sei, dringend am Herz gelegt hatte, erfolgte Schluss der Versammlung. Zu bemerken ist noch, daß der Kollege Hugo Gang seinen bei dem Unfall in der Schlingengasse erhaltenen Verletzungen erlegen ist.

Wetmar. Dienstag, den 18. August, tagte unsere Monatsversammlung, die gut besucht war. Nachdem der Vertrauensmann die Kollegen begrüßt hatte, verlas der Kassierer die Abrechnung, die einen Kassenoffizierbestand von M. 390,25 aufwies. Hierauf erläuterte Kollege Jacob aus Leipzig den Schaden der Affordarbeit für die Arbeiter und

den Nutzen, den die Unternehmer durch sie haben. Obgleich die Affordarbeit hier ziemlich beliebt ist, erdreisten sich jedoch Affordarbeiter, sie wieder einzuführen. Vor langer Zeit wurden sie von der hiesigen Verwaltung zur Verantwortung gezogen, da beriefen sie sich auf den Berliner Schiedsspruch, worin Affordarbeit erlaubt ist. Ferner haben sich diese Leute unseren Kollegen gegenüber ausgesprochen, daß sie eine weitere Unterbrechung mit uns auf dem Bau mit Steigsteinen beabsichtigen wollten. Wir werden uns aber hüten, uns von diesen Kollegen, die in Wetmar organisiert sind, die Knochen entzwei schlagen zu lassen. Wir stellten den Antrag, sie aus dem Verbande auszuschließen. Kollege Zettel aus Widdau beteuerte seine Unschuld, er habe unbewußt in Afford gearbeitet. Es wurde ein Antrag einstimmig angenommen, welcher die Affordarbeit im Widdauer Agitationsbezirk absolut verbietet. Hieran schloß sich die Verlesung der statistischen Erhebungen, die hier vom 31. Juli bis 3. August aufgenommen wurden und folgendes Ergebnis hatten. Es wurden beschäftigt bei 24 Unternehmern 21 Isolierer, 314 Gesellen und 23 Lehrlinge. Lohn erhielten: 1 Geselle 32 s, 133 s, 135 s, 137 s, 235 s, 639 s, 6540 s, 20841 s, 2442 s, 443 s, 145 s. Dem Verband stehen noch zwölf Mann fern. Ferner wurde ein Beschlusses beschlossen, das im nächsten Monat stattfinden soll.

Wernigerode. Hier wird eine evangelische Kirche gebaut und die Ausführung ist einem Regierungsbaumeister übertragen worden, der durch das nachstehende Inserat einen Bautechniker sucht:

Neubau der evangelischen Kirche zu Wernigerode-Kasseler. Auf dem Bureau für obigen Neubau ist zur Zeit eine Bautechnikerstelle frei. Der Eintritt müßte sofort erfolgen, Beschäftigung etwa 3 Monate. Gehalt M. 75 bis 90. Ein- und Rückreise könnte nicht begütelt werden. Beaufsichtigung auf dem Bau und Hilfe im Bureau. Madenthim, Reg.-Baumeister.

Dem Herrn Regierungsbaumeister ging auf sein Angebot dieser Hungerstelle die folgende „Werbung“ zu: Berlin, den 10. August 1908. An das Neubureau der evang. Kirche Wernigerode-Kasseler.

Selbst bezugnehmend auf Ihre geehrte Offerte gestalte ich mir, mich um die ausgeschriebene Stelle zu bewerben. Ich bin Kaiserlicher Bautechniker a. D. und glaube mir zu schmeicheln, die ausgeschriebene Stelle nach jeder Richtung hin ausfüllen zu können. Das ausgeschriebene Dienstgehalt von M. 75 beanspruche ich nicht, sondern würde mich mit einem Gehalt von monatlich M. 50 begnügen, welches ja zum Leben als hinreichend genügt erscheint. Allerdings müßte ich die Bedingungen stellen, daß der überschüssige Betrag von monatlich M. 25 der neu zuerbauenden Kirche in den Opferkassett gelegt wird. Ich bemerke noch, daß ich selbstverständlich nicht nur die von mir benötigten, sondern die für das dortige Bureau erforderlichen Zeichen-pp. Utensilien gleich mitbringe. Sollten Sie nicht in der Lage sein, auf mein unterkündigtes Gesuch eingehen zu können, so frage ich ergebenst an, ob ich vielleicht die dortige Bautechnikerstelle übernehmen könnte. Meine Gehaltsforderungen für diesen Posten würden monatlich M. 175 betragen. Hochachtungsvoll. Fritz Mader, Hungerkünstlerstr. 13.

Diese Lektion hat der Herr Regierungsbaumeister wohl verdient, dem der Kirchenbau sicherlich ein schweres Stück Geld einbringen wird, während er technische Hilfskräfte mit einem Betrag von monatlich M. 75 bis 90 absperrt. Daß man den Bautechniker aber solche Kringselber zu bieten mag, verschuldet die Leute selbst mit, denn in ihrem dummen Wahn, sie seien etwas Besseres, kommen sie nicht dazu, dafür zu sorgen, daß sie unruhig halbwegs anständig bezahlt werden.

Isolierer und Steinholzleger.

Dresden. Die Isolierer und Steinholzleger hielten am 16. August im Volkshaus eine außerordentliche Generalversammlung ab, die zunächst den Kassenbericht vom zweiten Quartal entgegennahm. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer einstimmig entlassen. Da wir laut Konferenzbeschluss am 1. Juli aus der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften ausgetreten sind, gab der Vorsitzende, Kollege Fröhlich bekannt, daß die Verhandlungen mit dem Parteivorstand und der Generalkommission soeben geblieben sind, daß wir uns in aller nächster Zeit dem Maurerverband oder aber als selbstständiger Verband der Generalkommission anschließen werden. Die Versammlung berurteilte Johann mit Recht die Nichtständigkeit der Kollegen der Bahnhofs-Sannover, die jetzt, obwohl der Delegierte auf der Konferenz dem Austritt aus der Freien Vereinigung zustimmte, unter unserem Verbandsnamen in ihrem Versammlungsbericht in der „Einigkeit“ versuchen, Verpötlung in unsere Reihen zu tragen. Die gegenwärtigen Verhältnisse in unserem Verweise sind jedenfalls nicht dazu angetan, durch derartige Quertreibereien den Unternehmern auch noch Waffen in die Hände zu liefern. Auch wurden die Ausführungen des Kollegen Höbmann-Leipzig allseitig scharf verurteilt, der in einer chemischen Versammlung die dortigen Kollegen vor dem Anschluß an den Maurerverband warnte. Die Firma „Gesellschaft für Wärme- und Kältebau“ gab wiederum zu Beschwerden Anlaß. Sie sendet Isolierer ins Ausland und versucht dann, die getroffenen Vereinbarungen zu umgehen. Dem Wiederaufnahmegericht des Steinholzlegers Peterfen wurde stattgegeben und hierauf die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Salle a. d. S. Am 6. August hielten die Isolierer von Salle a. d. S. ihre Generalversammlung ab. Das Gesuch eines früheren Mitgliedes um Wiederaufnahme in den Verband wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Der Kassierer gab den Kassenbericht, ihm wurde einstimmig Decharge erteilt. Alsdann wurde ein Rundschreiben der Geschäftsleitung verlesen, in dem auf den Streik bei der Firma Gaade & Co. in Celle verwiesen wird. Dasselbe wurde von den Kollegen mit Begeisterung aufgenommen und es wurde beschlossen, der Anregung der

Geschäftsleitung zu folgen und alles zu tun, um den Streikenden zum Siege zu verhelfen. Eine innere Streitsache wird einer dreigliedrigen Kommission zur Schlichtung überwiesen.

Lehrlingswesen.

Am 18. August tagte im Gewerkschaftshaus in Breslau eine Lehrlingsversammlung, die sich mit dem Lehrlingswesen beschäftigte. Der Vorsitzende des Zweigvereins, Kollege Wachmann, hielt hierüber einen Vortrag. An der Diskussion beteiligten sich Kollege Zünke. Für Breslau war es die erste derartige Versammlung. Zunächst ist keine feste Organisation für die Lehrlinge geplant; es sollen nur von Zeit zu Zeit, etwa alle 6 bis 6 Wochen, Lehrlingsversammlungen veranstaltet werden, in denen Vorträge ausbildender, bildender und belehrender Art gehalten werden.

Zur Agitation unter den Italienern.

b-i. In der jetzigen Zeit des wirtschaftlichen Niederganges und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit ist wieder ein Thema zeitgemäß geworden, das speziell die Maurer und Bautechniker interessiert: die Beschäftigung ausländischer Arbeiter, hauptsächlich der Italiener. Letztere kommen am meisten in Süddeutschland in Betracht und wir finden da Gegenüber, wo die große Mehrzahl der Bauarbeiter aus Italienern rekrutiert und von den Unternehmern vor den einheimischen Arbeitern bevorzugt werden. Aus welchen Gründen sie das tun, ist ja bekannt. Diese Ausländer bilden nun in vielen Orten ein ernsthaftes Gemisch für die Ausbreitung unserer Organisationen, und es ist begreiflich, daß den deutschen Arbeiter ein bitteres Gefühl befiel, wenn er sieht, wie Fremde die Bauten besetzen, während er selbst arbeitslos ist. Noch niedriger steht ihm das Gefühl an den Orten, wo durch unsere Verbände günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen worden sind, die dann diesen unorganisierten Leuten zu gute kommen. Eine Abänderung dieses Zustandes ist jedoch in absehbarer Zeit nicht zu erhoffen, wenigstens auf dem Weg der Gesetzgebung, nicht eher ist das Gegenteil zu erwarten. (Siehe Verfügung des preussischen Ministers des Innern an die Kreisbauunternehmer.) Bleibt uns also bloß noch der Ausweg, diese Leute zu organisieren und aufzuklären, was allerdings leichter gesagt als getan ist. Aber die Erfolge der letzten Jahre zeigen uns, daß es der einzig richtige Weg ist. Ist es schon schwierig, unter den italienischen Maurern zu agitieren, so ist dies noch in verstärktem Maße bei den Hilfsarbeitern der Fall. Die Agitation unter diesen letzteren können die organisierten Maurer bedeutend erleichtern, indem sie auf den Bauten auf diese Indifferenzen einwirken. Die Erfahrung lehrt uns, daß Einwirkungen in diesem Sinne von Seiten deutscher Maurer viel größere Wirkungen haben, als wenn sie von Kammlisten ausgehen. Die Erfahrung lehrt uns ferner, daß viele dieser Hilfsarbeiter bei Gelegenheit und in Gesellschaft von Kammlisten später als Maurer auftreten und dann oft nicht mehr für die Organisation zu gewinnen sind, weil sie sich ihrer Mindestvergütung wohl bewusst sind und daher nicht wagen, sich in Gegensatz zu ihrem Unternehmer zu bringen. Sie liefern auch das Gros der Streikbrecher. Wir haben ferner zu beachten, daß die Verschmelzung der Verbände der Maurer und der Bautechniker nur noch eine Frage der Zeit bildet, und deshalb sind die Maurer schon in eigenem Interesse gezwungen, für die Organisation auch der italienischen Bautechniker zu wirken. Es hat sich gezeigt, daß Klavierveranstaltungen, die gemeinsam mit Deutschen und Italienern abgehalten werden, viel bessere Resultate ergeben, als öffentliche Versammlungen, und wir werden deshalb in Zukunft die Agitation mehr in dieser Weise betreiben müssen. Dazu müssen uns aber alle Kollegen behülflich sein, die auf solchen Bauten arbeiten, wo Italiener oder überhaupt Ausländer arbeiten. Wenn wir erst auf den gemischt besetzten Bauten die italienischen Maurer und Hilfsarbeiter gewonnen haben, können wir auch auf den Arbeitsstellen, wo ausschließlich Italiener beschäftigt sind (Eisenbahn-, Straßen- und ähnliche Bauten) Einfluss gewinnen, was bisher fast unmöglich war. Freilich muß aber dann auch die Behandlung den Fremden auf den Bauten anders werden. Es ist geradezu bedauerlich, wie auf vielen Arbeitsstellen die Italiener beschimpft werden. Nun ist es ja erklärlich, daß sie von den einheimischen Arbeitern nicht sehr freundlich angesehen werden; aber man muß bedenken, daß sie ja tatsächlich aus bloß in Produkt der Verhältnisse sind. Trotzdem ist durchsichtlich auf einer sehr niedrigen Bildungsstufe stehen, und sie doch in Bezug auf Weibungen sehr empfindlich. Noch bedauerlicher ist es, wenn organisierte Deutsche sich in dieser Weise gegen organisierte Italiener betragen. Man könnte hier verschiedene Beispiele anführen. Sehr oft muß man hören: „Ich bin jetzt doch organisiert, und werde doch noch so beschimpft wie früher“, und mancher Austritt aus dem Verband ist hierauf zurückzuführen. Wenn ein Indifferenter trotz wiederholter Aufforderung nicht in den Verband eintritt, dann ist es ja immer noch Zeit, andere Seiten aufzugreifen. Aber zuerst: etwas mehr mitfühlende Solidarität, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Bentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 16. bis 22. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 500, Bernau (Marx) 350, Hamburg-Eppendorf 300, Deutsch-Wilmersdorf 300, Erfurt 200, Wittenau 200, Granzburg 200, Groß-Neuborf 160, Rastenberg 150, Hamburg-Schneidemühl 150, Rangelnau 100, Schöneberg 100, Wilmersdorf 100, Groß-Schöneberg 100, Verden a. d. Aller 100. Summa M. 3010.

Zufußge erhalten: Nienstedten M. 200, Blomberg (Wippe) 200, Dänabach 200, Wankenburg a. Harz 100, Wittenburg 100, Eggenin 50, Siebelsbrunn 50. Summa M. 900.

Altona, den 22. August 1908.

Rudolf Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Ellingen. Ein schweres Baumglück hat sich hier am 20. August ereignet. Am Querbau der sogenannten Weicheer führte eine neue Giebelwand ein, die beim Einsturz elf daran beschäftigte Kollegen mit in die Tiefe riss. Alle erlitten zum Teil recht schwere Verletzungen. Am schwersten ist der Kollege Christmann verletzt worden. Ueber die Ursache des Einsturzes wird uns mitgeteilt, daß an dem unteren Teile der eingeführten Wand eine schwere Transmissionsflüg, die ständig tief und somit das Mauerwerk erschütterte. Unter solchen Umständen konnte sich der Mörtel natürlich nicht mit den Steinen verbinden. Teils dies zu, so ist der Einsturz völlig erklärt. An demselben Bau führte am 17. Juli ein Gerüst ein, wobei ebenfalls ein Arbeiter verletzt wurde, einer sogar so schwer, daß er heute noch nicht geheilt ist. Diesen Unfall bezeichnete der technische Aufsichtsbau als „unbedeutend“. In den letzten Tagen, deren Ende es ist, für die Befolgung der Schutzvorschriften zu sorgen, eine solche Auffassung befindet sich, da braucht man sich auch nicht über die Verantwortlichkeit zu wundern, die das neue Unglück verschuldet hat.

Gumbinnen. Auf dem Umbau der Meisterschule, ausgeführt vom Maurermeister W. Böbling, ereignete sich am 21. August ein schwerer Unfall. Der Kollege E. Schenkus brach mit drei morsche Balken hinunter. Eine Dreiecksflüg fiel ihm voraus, blieb tief in der Erde stecken, der Kollege schlug mit dem Kopf darauf und die Stange drang ihm 25–30 cm in den Kopf hinein, so daß er schwere innere Verletzungen davontrug. Er liegt hoffnungslos da. Außerdem ist ihm erst am 22. August, Vormittags nach 10 Uhr, ärztliche Hilfe zu teil geworden.

Gerlingen a. d. Elbe. Am 15. August fiel der Kollege Ludwig Thewissen am Reparaturbau eines Kuchstalles in Lützen von einem circa 2 m hohen Gerüst. Infolge Ueberlastung des Gerüsts durch den Bauern brach ein Negergang. Anfangs schien es, als ob der Unfall ohne Folgen bleiben sollte; aber nach vierstündiger Arbeit stellten sich heftige Schmerzen in der linken Seite ein und der Kollege mußte die Arbeit einstellen und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Auf einem andern Bau in Lützen stürzte der Kollege W. Thewissen am 21. August, auch infolge eines Negerganges, aus einer Höhe von 20 Fuß herab, brach dabei den linken Arm und verletzte sich am Rücken und am Fuß.

Moritzburg. Am 16. August stürzte im benachbarten Giesdorf der Keller eines Neubaus und eine darauf befindliche 8 m hohe und 2 m lange Wand ein. Leider geriet auch ein Kollege, der 20jährige Maurer Garms aus Langewitz, unter die Trümmer; er wurde nach Anlegung eines Notverbandes in das hiesige Krankenhaus eingeliefert. Der Bau war von Zementsteinen ausgeführt. Die Betonarbeit war von dem Bauherrn, einem Herrn aus Kiel, ausgeführt, wahrscheinlich ohne fachmännische Aufsicht. Ob nun der Beton oder minderwertiges Mauerwerk die Schuld an dem Unfall trägt, wird die Untersuchung ergeben. Zu bemerken ist noch, daß erst vor kurzer Zeit bei demselben Unternehmer ein Gerüst zusammenbrach, wodurch Menschen aber nicht in Gefahr gerieten.

Dresden. Hier ereignet sich eine Woche ohne Unglücksfälle. Erst vor kurzem wurde ein Maurer am Bahnhofsbaum beim Abladen von Trägern die rechte große Zehe zerquetscht, und wenige Tage später erlitt ein anderer Maurer auf Meisenhain nach Kahrensbauken beim Transportieren von Treppenhaken eine Quetschung zweier Finger. Dann stürzte auf d. b. Frey nach Kahrensbauken ein Zimmermann in das nicht abgedeckte Treppenhaken hinunter und erlitt einen Schädelbruch. Damit ist es aber noch nicht genug. Auf Schöbel & Hübners Kahrensbauken fiel am 20. August beim Trägereinlegen ein Arbeiter von der zweiten Etage und wurde mit Hand- und Armbrüchen dem Krankenhaus zugeführt. Ein Verbandzeugtafel war wohl auf der Baustelle vorhanden, enthielt aber nur Dunst und Dunkel. Das allerwichtigste Verbandzeug mußte erst auf benachbarten Bauten aufgefunden werden.

St. Johann. Am 14. August stürzte in Seheim der Giebel eines Neubaus, den die Firma Silbert & Kraus ausführt, in sich zusammen. Vier Arbeiter, die an dem Bau beschäftigt waren, wurden mit in die Tiefe gerissen und zwei schwer und zwei leicht verletzt. Der Bau wurde mit Zementsteinen ausgeführt. Der Einsturz ist auf einen schlechten Verband des Mauerwerks zurückzuführen. Winder wurden gar keine vermauert, sondern alle Steine als Läufer gesetzt und die Mitte mit Stützen ausgefüllt, so daß das Mauerwerk gar keinen inneren Zusammenhalt hatte.

Stralsund. Sonnabend, den 15. d. M., mittags 11½ Uhr, ereignete sich auf dem Neubau der Union-Brauerei ein Unfall, der bald mehrere Menschenleben gekostet hätte. Beim Aufziehen eines 14 Zentner schweren Trägers rutschte dieser aus der Schlinge heraus und fiel dem Arbeiter Wilhelm Lorenz auf den linken Fuß, so daß ihm drei Fingern gequetscht wurden. Der Verunglückte wurde nach Anlegung eines Notverbandes nach dem Krankenhaus gebracht, wo ihm die kleine Zehe abgenommen wurde. Der Träger befand sich in einer Höhe von 11 m. Die Schuld trifft niemand; es war der letzte von einigen hundert Trägern, die alle so aufgezogen wurden, ohne daß etwas passierte.

Ufermünde. Am 18. August fiel ein Dachdecker aus Seiltein, der am hiesigen Amtsgericht beschäftigt war, aus einer Höhe von 10 Metern vom Dach herunter. Er brach das rechte Bein oberhalb des Knies und wurde sofort in das nebenan stehende Krankenhaus gebracht. Wäre ein Schutzdach gewesen, so hätte dies nicht passieren können. Wiederum ein Zeichen mangelnder Kontrolle.

Bauarbeiterprüfung in Hamburg. Die Bauarbeiterprüfungskommission von Hamburg-Altona hat in der Woche vom 27. Juli bis 1. August eine Bauteilkontrolle vorgenommen. Es handelte sich in diesem Jahre um wesentlichen darum, festzustellen, inwieweit die am 15. Februar für Hamburg in Kraft getretene Senatsverordnung, betreffend Bauarbeiterprüfung an den Baustellen, imgehalten wurde. Für Altona galt festzustellen, ob die Bestimmungen,

betr. „Arbeiterprüfung auf Bauten“, vom 6. März 1900, die sich im wesentlichen mit der obigen Verordnung decken, durchgeführt worden sind. Die Bauarbeiterprüfungskommission hat absichtlich die diesjährige Kontrolle etwas später als in den Vorjahren vorgenommen, da die Erfahrung lehrt, daß Neuerungen nicht mit einem Schlage durchgeführt sind, vor allem, wenn sie den Unternehmern einige, wenn auch nur geringe Opfer auferlegen. Aber auch die an Bauten beschäftigten Arbeiter mühten Zeit gewinnen, sich mit den neuen Bestimmungen mehr und mehr vertraut zu machen. In dieser Beziehung bleibt leider noch viel zu wünschen übrig. Die Unternehmer, welche in der Mehrzahl aus Profitinteresse nur selten geneigt sind, an den Bauten den Vorschriften gemäß zu verfahren, müssen, wie in den früheren Jahren, auch jetzt noch von den an den Bauten beschäftigten Arbeitern zur Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften angehalten werden. Mit anderen Worten: Die baugewerblichen Arbeiter müssen im Interesse ihres Lebens und der Gesundheit die mangelhafte Kontrolle der Baupolizei selbst ergänzen. Besichtigt wurden in Hamburg 220 und in Altona 17, zusammen 237 Baustellen. Hierunter waren 199 Neubauten, 29 Umbauten, 7 Beton- und 2 Giebelbauten. Die Unfallverhütungsvorschriften gingen, in 200 Neubauten aus, an 37 Baustellen vor. Zudem fehlten dieselben (ausdrücklich Altona) in 158 Neubauten angebracht, an 62 Arbeitsstätten fehlte dieselbe. Das Aufhängen, wo solches anzubringen möglich war, fehlte an 25 Bauten, an 129 war ein solches vorhanden. Von diesen Aufhängen wurden 101 für gut befunden, 25 als mangelhaft und 3 als schlecht. Es waren dieses die Gerüste von Holz, Eisengitter, Joder, Neperbahn und Lehmann, Altona, Gohenzollernring. Das vorgeschriebene zweite Gerüst unter dem jeweiligen Arbeitsgerüst fehlte beim Mauerwerk an 40 Bauten, an 79 war solches vorhanden. Beim Putzen wurde ein solches Gerüst nur an 11 Baustellen vorgefunden. Das notwendige Schutzdach über Durchgängen usw. fehlte teilweise an 8 und gänzlich an 13 Bauten. Ueber die Hand gemauert wurde an 60 Bauten, von diesen wäre aber an 11 Bauten Aufhängen anzubringen möglich gewesen. Das vorgeschriebene Schutzdach war beim Ueberhandmauern an 29 Bauten vorhanden, an 7 Bauten teilweise, an 24 Bauten fehlte dasselbe. In Altona fehlten die Leitergänge an den Aufhängen auf allen Bauten. In Hamburg waren 54 Aufhängen Leitergänge vorhanden und an 67 nicht. (Hierüber entfällt die Verordnung keine Bestimmung, wonach an Bauten mit steilen Dächern, auf welchen Mechaniker oder Dachdecker ohne Stütze arbeiten, sichere Fangseile angebracht sein, benutzt werden sollen, wurde nur an 11 Bauten durchgeführt, an 16 nicht. Winden und Kräne zum Materialtransport wurden an 32 Bauten benutzt, hierunter waren 12 sehr mangelhaft abgesetzt resp. eingetribelt. Verbandspläne mit Inspekt waren auf 183 Baustellen vorhanden, auf 54 fehlten, solche. Maßstäbe und Giebelpläne fehlten an 169 Bauten, an 75 Bauten waren sie vorhanden. Unterfunktionsräume (Baubuden) wurden 234 vorgefunden, an 3 Bauten war keine Bude vorhanden. Bei diesem an den Bauten der Unternehmer Duve, Adernannstraße, Ehrlich, Alsterdamm, und Wollau, Gabelstraße. Dichter Holzfußboden wurde in 208 Neubauten vorgefunden, in 31 war der Fußboden mangelhaft resp. gar nicht vorhanden. Fenster zum Öffnen hatten 148 Buden, 88 nicht; hierunter in Altona an 9 Baustellen. Geringe Stützvorrichtung war in 214 Buden vorhanden, dagegen waren 20 zu klein. Geringt wurden 48 Buden einmal, 99 zweimal, 43 dreimal, 9 sechsmal in der Woche und 35 nach Bedarf. Klosets waren vorhanden an 221, es fehlte ein solches an 7, nichts zu ermitteln war an 9 Baustellen. Das Klosett fehlte resp. war mangelhaft am Bau Range, Rathsmarkt, Wittkamp, Alter Leichweg, und Wollau, Gabelstraße. In Altona Bau Köpper, Almenstraße; Amende, Paulinenallee; Hördert, Moortheile, und Schlüter, Kreuzweg. Geringt wurden die Klosets: 42 einmal, 67 zweimal, 84 drei- und mehrmal in der Woche, die übrigen nach Bedarf. Eine Pissloanlage war nur an 55 Baustellen vorhanden, davon in Altona nur an der Baustelle von Scharfberg in der Friedensallee. Gutes Trinkwasser wurde an 52 Bauten vorgefunden, an 168 war dasselbe ungenießbar, oder es war gar keines vorhanden.

Das ist das Ergebnis. Wenn auch, wie aus einem Vergleich mit den Kontrollen der Vorjahre hervorgeht, eine Verbesserung, speziell in gesundheitlicher Hinsicht, zu verzeichnen ist, so sind doch noch eine Menge Mängel in sanitärer Beziehung vorhanden, welche noch beseitigt werden müssen. Vor allem muß in Zukunft auf die Reinigung und Desinfizierung der Klosets noch mehr gesehen werden. Die Herren Baupolizeistellen sehen sich dieselben vielfach oft nicht an; daher die vielen Meldungen unterseits an die Baupolizei. Der § 38 Abs. 6 der Senatsverordnung besagt: „Auf jedem Bauplatz ist ein Pisslo eingerichtet und dessen Ablauf unmittelbar dem öffentlichen Sieb angeschlossen.“ Die obige Statistik beweist, daß nur an 55 Baustellen eine solche Anlage vorhanden war. Auch die Bestimmungen der doppelten Gerüste, des Schutzdaches beim Ueberhandmauern, der Fenster zum Öffnen, der Verbandspläne, des Maßstabs und Giebelpläne, des guten Trinkwassers usw. werden noch sehr oft von den Unternehmern ignoriert. Betreffs des § 6 Abs. 2, welcher den Bezug alkoholischer Getränke während der Arbeitszeit verbietet, herrscht noch vielfach eine falsche Auffassung. Nach § 6 ist es vorgesehen, daß die Unternehmer daraus schließen, daß auch während der Pausen keine Flasche Bier usw. herumgetragen sollte, daß sie dann aber auch noch nicht einmal für gutes Trinkwasser an der Baustelle Sorge tragen. Der Unternehmer Hugo Seibler ist sogar der Meinung, daß die sogenannte Baubude verboten ist. Wie wollen hierzu bemerken, daß die Bude nach wie vor geführt werden kann; nur während der Arbeitszeit dürfen alkoholische Getränke nicht genossen resp. verabfolgt werden. Wie ersehen die baugewerblichen Arbeiter von Hamburg-Altona, aus dem Ergebnis der Kontrolle die nötige Anwendung zu ziehen und noch mehr als bisher für besseren Bauarbeiterprüfung einzutreten.

Bäckerverordnung und Baupolizei. Ein Berliner Baumeister will die neue Bäckerverordnung als Spekulationsobjekt benutzen. Durch diese Verordnung werden

alle solche Bäckereien ihre Baustufen, die den Vorschriften nicht genügen, und auch durch Umbauten nicht entsprechend hergestellt werden können, ganz verlassen müssen. In Mischheit darauf beabsichtigt der Baumeister eine Bäckereizentrale zu errichten. Unter genauer Innehaltung der neuen polizeilichen Vorschriften will er ein Fabrikgebäude mit vierzig Bäckereien herstellen. Jeder der vierzig Mieter ist in seinen Räumen für sich vollständig abgeschlossen und wird Badraum, Ofen nach neuestem Muster, Kellerräume, Wohnkammer und einen großen Platz für Holz und Kohlen zur Verfügung haben. Auch ein großes Wohngebäude mit gärtnerischen Anlagen ist vorgesehen.

ATK. Ein Verfahren, Zement und hydraulischen Kalk zu einem Lager gegen Feuchtigkeit zu schützen. Es ist schon verschiedentlich versucht worden, Mischungen von Sand und Zement oder hydraulischen Kalk trocken in den Handel zu bringen. Diese Versuche stießen jedoch stets auf Widerstände, indem die geringe Feuchtigkeit des Sandes ausreichte, das Abbinden des hydraulischen Bindemittels einzuleiten und zur Klumpenbildung Veranlassung zu geben.

Bei dem Versuche, das Herrn Julius Junge in Berlin durch D. R. P. Nr. 195 608 geschützt ist, wird statt des Sandes ein Gemisch von Sand und getrocknetem Weiskalk benutzt. Bekanntlich hat getrockneter Weiskalk die Eigenschaft, Feuchtigkeit schnell anzuziehen und festzuhalten. Die gleiche Lagerhaftigkeit wie reiner Zement zeigt das Gemisch von Sand mit Kalk und Zement. Auch bei dem Erhitzen von Zement durch hydraulischen Kalk oder beim Erhitzen des Sandes durch Steingries oder Steinmehl trifft dies zu. Enthält der hydraulische Kalk freien Kalk, so kann eine Mischung von hydraulischem Kalk mit Sand erfolgen, da der freie Kalk Wasser anzieht und dieses der Einwirkung auf den eigentlichen hydraulischen Kalk entzieht. Hierbei wird der Kalk als Kalksalz so gebildet, daß nicht nur das vorhandene Wasser gebunden ist, sondern daß noch ein Ueberschuß an Kalksalz vorhanden ist, der eine nachteilige Wirkung der Luftfeuchtigkeit auf den Zement verhindert.

(Mitgeteilt vom Patentamt Dr. S. Federich in Cassel.)

Aus anderen Berufen.

*** Zum Jubiläum des Zimmererverbandes.** Der Zimmerer hat seine Nr. 38. laufenden Jahrganges zu einer imposanten Festnummer zum fünfzigjährigen Jubiläum des Zimmererverbandes ausgefallen. Neben einer eingehenden Schilderung der Verbandsentwicklung entfällt die Festnummer eine Anzahl von Berichten aus den Verbandsteilen, die einen geschichtlichen Ueberblick über deren Entwicklung geben. Aus gleichem Anlaß hatte der Verband am Sonnabend, den 8. August, in der „Neuen Welt“ in Berlin ein Jubiläumsfest veranstaltet, an dem viele Tausende von Verbandsteilnehmern teilnahmen. Aus den beteiligten Teilen Deutschlands waren Deputationen zu dieser Feier entsandt und auch Vertreter aus anderen Gewerkschaften nahmen daran teil. Die Feier gestaltete sich in allen Teilen zu einer würdigen Demonstration für den Verband und die gewerkschaftliche Tätigkeit in den bisherigen benachteiligten Bahnen.

*** Metallarbeiter und Schmiede.** Zwischen den Vorständen der Verbände der Metallarbeiter und der Schmiede ist folgende Resolution vereinbart und durch die beiderseitigen Verbandsorgane veröffentlicht worden:

Nach erfolgter Rücksprache der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit dem Vorstand des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen, zwecks Regelung des Uebertritts der Schmiede Hamburgs in den Deutschen Metallarbeiterverband, erklären dessen Vertreter:

1. Den korporativen Uebertritt oder den Uebertritt größerer Gruppen der Zählstelle Hamburg des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen in den Deutschen Metallarbeiterverband lehnt derselbe ab. Er empfiehlt vielmehr den betreffenden, einzeln bei ihrer Organisation zu bleiben. Eingeladene Mitglieder des Schmiedeverbandes im Bereich der Zählstelle Hamburg werden vom Deutschen Metallarbeiterverband innerhalb eines Vierteljahres, also vor dem 1. November 1908, nicht vollzogen.

2. Der Vorstand des Schmiedeverbandes verpflichtet sich, mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes in unverbindliche Verhandlungen über die Vereinigung beider Verbände einzutreten.

3. Ueber diese Verhandlungen ist vom Vorstand des Schmiedeverbandes schriftlich Bericht an die nächste Generalversammlung zu erstatten und zur Beratung dieses Punktes ein Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes einzuladen.

Damit ist der unerwünschte Konflikt der Zählstelle Hamburg des Schmiedeverbandes mit dem Verbande aus der Welt geschafft. Die betreffende Zählstelle hatte, beifolgend, wegen Ablehnung des Anschlusses an den Metallarbeiterverband auf dem letzten Verbandstage der Schmiede, geschlossen zum Metallarbeiterverband übergetreten. Die beiden Verbandsvorstände haben durch ihre Vereinbarung diese beabsichtigte Sprengung der Schmiedebewegung effektiv verhindert. Sie sind aber zugleich weiter gegangen, indem sie Verhandlungen über eine Vereinigung beider Verbände vorgehen haben, die vor dem nächsten Verbandstage der Schmiede geführt werden sollen.

*** Technische Reise.** Ein Maschinenbauingenieur schreibt der „Mündener Post“: Ich habe drei Jahre das Technikum in Mittweida besucht und mir dort das Ingenieursdiplom erworben. Dann habe ich noch drei Semester auf der technischen Hochschule in Jülich studiert. Die Kosten für mein Studium betragen über M. 6000. Und welche Einnahme habe ich nun dafür? Seit vier Jahren muß ich in Münden um ein Monatsgehalt von M. 80 bis 100 arbeiten. In einem Betriebe erhalte ich M. 21 wöchentlich, in einem anderen M. 80 monatlich (hier arbeiten neben mir zwei Kollegen, die das Ingenieursdiplom der hiesigen technischen Hochschule hatten, um das fürstliche Monatsgehalt von M. 601) und in der letzten Stellung, einer Motorenfabrik, M. 100 monatlich. Hier arbeiten in den Bureaus junge Leute, die vor der Unterfertigung ihrer Etern leben, dann Pensionisten, Schutztruppen usw. mit Gehältern bis zu M. 100 monatlich. Die miserable Bezahlung fällt aber den Fabrikanten und seinen Prokuristen nicht ab, das Personal auch noch recht anzutreiben. Als ich mir das einmal verbat,

wurde mir gekündigt mit der Bemerkung, daß ich zu langsam arbeite. Da ich kein genügendes Ausbittungsobjekt mehr war, suchte man mich möglichst schnell, d. h. also noch vor Ablauf der Kündigungsfrist, loszuwerden. Ich wurde infolgedessen so niederträchtig schikaniert, daß ich vor Aerger erkrankte und mich in ärztliche Behandlung begeben mußte. So behandelt die Industrie ihre geistigen Arbeiter. Ich weiß aus Erfahrung, daß meine Kollegen nicht um ein Haar besser daran sind als ich; deshalb kann ich den Technikern nur raten, ihrer miserablen Lage sich bewußt zu werden und sich, wie ich es getan habe, der sozialdemokratischen Partei anzuschließen.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Sat die Frau einen Vorteil durch die Beitrags-erstattung nach dem Invalidenversicherungsgesetz? Nach dem Invalidenversicherungsgesetz können weibliche Personen, die eine Ehe geschlossen haben, bevor ihnen eine Rente bewilligt worden ist, die Rückerstattung der für sie zur Invalidenversicherung bezahlten Beiträge verlangen, wenn vor der Beitragszahlung für mindestens 200 Markten Beiträge entrichtet sind, oder zwölf Krankheitswochen während des Versicherungsverhältnisses nachgewiesen werden können, daß mit den Beitragswochen zusammen mindestens die Zahl von 200 Wochen erreicht ist. Sind weniger als 200 Markten bis zur Beitragszahlung noch fehlenden Wochen nicht mehr durch freiwillige Versicherung nachgestellt werden. Der Antrag auf Erstattung muß vor Ablauf eines Jahres nach dem Tage der Beitragszahlung bei der unteren Verwaltungsbehörde oder der Rentenstelle des Wohnortes oder des letzten Beschäftigungsortes geltend gemacht werden. Mit der Beitragszahlung erstreckt die durch das frühere Versicherungsverhältnis begründete Anwartschaft. Es können also Ansprüche auf irgend welche Leistungen nach dem Invalidenversicherungsgesetz nicht mehr erhoben werden, es sei denn, daß die Frau in versicherungspflichtiger Beschäftigung verbleibt und für sie wiederum 200 Markten entrichtet sind. Die Erstattung von Beiträgen, die während der Dauer der ersten Ehe entrichtet sind, ist an die sich wiederverheiratende Witwe zulässig.

Sat die Frau nun einen Vorteil durch die Erstattung der Beiträge, hat sie wirtschaftlich gehandelt? Diese Frage muß verneint werden. In den meisten Fällen wird die rückzuerhaltende Summe \mathcal{A} 40 nicht übersteigen. Dieser Betrag ist angesichts der Rechte, die dadurch ausgegeben werden, von ganz geringer Bedeutung und kommt wirtschaftlich fast gar nicht in Betracht.

Gewiß wird bei der Einrichtung des eigenen Heims viel Geld gebraucht, jede Frau ist willkommen; die Frau kann den Erstattungsantrag jedoch nicht früher stellen, bevor die Ehe geschlossen ist, und dann vergehen in der Regel mehrere Monate, ehe sie das Geld bekommt.

Welche Rechte werden nun durch die Beitragsrückzahlung ausgegeben? Die Mindestrente beträgt \mathcal{A} 116, d. h. diese Invalidenrente erhält, wer 200 Markten nach den Sätzen der niedrigsten Lohnklasse entrichtet hat. Die Rente wird aber nicht nur an invalide Personen gezahlt, sondern auch an solche, die länger als 26 Wochen ununterbrochen krank sind, für die weitere Dauer der Krankheit (Krankenrente). Neben der Rente kommt aber noch die Heilbehandlung in Betracht. Der \mathcal{S} 18 des Invalidenversicherungsgesetzes bestimmt hierüber folgendes: „Ist ein Versicherter dergehalt erkrankt, daß als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu besorgen ist, welche einen Anspruch auf reichsrechtliche Invalidenrente begründet, so ist die Versicherungsanstalt befugt, ein Heilverfahren eintreten zu lassen. Diese Bestimmung ist für die Frau äußerst wichtig. Gerade bei ihr stellen sich häufig nach der Verheiratung Krankheiten ein, woran sie vor der Ehe niemals gelitten hat; man denke nur, welche Gefahren das Wochenbett für die Gesundheit der Frau in sich birgt. Man möge über die Invaliden-, Kranken- und Altersrente denken wie man will, das eine muß anerkannt werden: die Heilbehandlung bedeutet für viele ein Wohltat! Wenn sie auch noch lange nicht so ist, wie sie sein sollte, wenn wir auch noch vieles an ihr aussetzen haben. Ungerecht ist nur, daß die Versicherten auf die Heilbehandlung keinen Rechtsanspruch haben! Die Versicherungsanstalt braucht nur in den ihr geeignet erscheinenden Fällen davon Gebrauch zu machen. Im letzten Jahre 1906 wurden bei allen Versicherungsanstalten 66 883 Personen (43 105 Männer und 23 778 Frauen) in Heilbehandlung genommen. Davon litten an Lungentuberkulose 31 022 Personen (21 959 Männer und 9063 Frauen). Hat sich die Frau die Beiträge erhalten lassen, so hat sie, ganz abgesehen von der Rente, auch auf Heilbehandlung keinen Anspruch. Sie hat vielmehr für einen verhältnismäßig geringen Betrag auf wichtige Rechte verzichtet und neben der Versicherungsanstalt auch dem Staate eine ansehnliche Summe geschenkt. Gewiß, es werden viele Arbeiterfrauen durch wirtschaftliche Verhältnisse gezwungen, auch während der Ehe Lohnarbeit zu verrichten, wodurch sie die Versicherung von neuem beginnen. Diese haben aber erst dann wieder Ansprüche auf Rente und Heilbehandlung, wenn die Anwartschaft wieder erfüllt ist; dies ist aber im günstigsten Falle vor Ablauf von vier Jahren nach der Ehegesehung nicht möglich.

Eine Frau, die für die Zukunft sorgen will, wird daher gut tun, keinen Erstattungsanspruch zu stellen; sie wird vielmehr das Versicherungsverhältnis freiwillig fortsetzen. Hierbei ist folgendes zu beachten: Sind mit der letzten Karte mindestens 200 Markten geleistet, so wird sie vor Ablauf von zwei Jahren nach dem auf der Karte bezeichneten Ausstellungstage bei der Ortspolizeibehörde zum Umtausch vorgelegt. In die neue Karte müssen dann jährlich 10 Markten geleistet werden (in zwei Jahren 20), und dann muß dieselbe wiederum in der vorbezeichneten Frist umgetauscht werden. Dadurch wird die Anwartschaft auf Rente u. s. w. erhalten. Eine bestimmte Klasse von Markten ist bei der freiwilligen Versicherung nicht vorgeschrieben, es können also Markten jeder Klasse verwendet werden. 20 Markten müssen geleistet werden, es können aber auch 50 sein. Je mehr Markten entrichtet sind, desto höher ist die eventuelle Rente. Hierbei ist noch zu bemerken, daß die für die freiwillige Versicherung geleisteten Beiträge nur dann auf die Wartzeit für die Invaliden-

rente zur Anrechnung kommen, wenn mindestens einhundert Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht geleistet sind, anderenfalls beträgt die Wartzeit fünfzig Wochen. Die ganzen sozialen Gesetze sind trotz der großen Neben darüber nicht dazu angetan, den erkrankten Arbeiter vor Not und Sorge, Nimmer und Elend bis ins hohe Alter hinein zu bewahren. Es sollte daher Pflicht eines jeden Versicherten sein, von den wenigen günstigen Bestimmungen, die für ihn in diesen Gesetzen enthalten sind, ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Eulgrat, Paul Singer) ist schon das 47. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Mann. — Der gewerkschaftliche Doktrinarismus und die Unternehmerverbände. Von Varnus. — Polenfrage und Sozialdemokratie. Von Julius Varnus. II. (Schluß). — Die Jugendorganisation in Österreich. Von Leopold Winkler (Wien). — Der künftige Konsumgenossenschaftstag. Von Fern. Feigner. — Zeitschriftenkatalog. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteurs zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnominiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 \mathcal{A} . Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der „Arbeitsmarkt“. Monatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktsberichte, Herausgeber Prof. Dr. J. Saffron, Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 11 des 11. Jahrganges unter anderem: Tarifvertrag und Arbeitsvermittlung, von Stadtrat Dr. Fleich, und die Mundschau über die Lage des Arbeitsmarktes.

Von der „Kommunalen Praxis“ — Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68 — sind die Hefte 32 und 33 erschienen.

Der Inhalt ist geeignet, allen in der Gemeinde tätigen Genossen Anregung zu gewähren. Zum Preise von \mathcal{M} 3 pro Quartal ist die „Kommunalen Praxis“ durch alle Parteispitzen, Buchhandlungen sowie Postämtern zu beziehen. Probenummern liefert der Verlag gratis und franko.

In der Zeitschrift der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschien Heft 17 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek: „Vom und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers“ von Dr. Christeller. Mit zahlreicher Illustration.

Das vorliegende Heft — eine Einführung in die wissenschaftliche Anatomie und Physiologie — bildet eigentlich die Grundlage für die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Nur wer einigermaßen Verständnis weiß über den Bau und die Zusammenhänge des Körpers, die Lage und Lebensfähigkeit der einzelnen Organe, wird mit dem richtigen Verständnis ausgerüstet sein für den kranken Menschen und die Krankheitsverläufe. Preis 20 \mathcal{A} . In besserer Ausstattung 50 \mathcal{A} . Zu beziehen durch alle Kolporteurs und Parteibuchhandlungen.

Wir können die Anschaffung dieses Heftes wie überhaupt aller Hefte der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek nur warm empfehlen. Viele Arbeiter lassen sich oft von ungenügenden und aufbringlichen Agenten allerlei Bücher wie das „von Witz oder von Platen und Ähnliche, aufstehen. Diese Werke sind, wie wir aus eigener Kenntnis sagen können, recht einseitig und dabei viel zu teuer. In der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek haben wir eine Einführung, die uns, die hervorragend geeignet ist, die zweifelsfreien Resultate und Forderungen der Gesundheitslehre den breitesten Volksschichten zu übermitteln.

Gesundheits-Kalender 1909. Redigiert von Dr. Müller, Dr. Körner und Dr. Schmidt, über 100 Seiten stark, über 300 Themen der modernen Gesundheitspflege behandelnd, mit ungefähr 100 Original-Illustrationen, 4 in Bleifarben, lithographisch gedruckte Künftelchen (darstellend die Angenehmen, angenehme Möglichkeiten, Gesundheit, 12 Heilpflanzen), mit vielfachem Umschlagen (Vors und Rückseite), auch mit einer Anzahl lehrreichen Artikel über das moderne Körperkulturm, über Säuglingsheilkunde, Augenheilkunde, Alkohol- folgen usw., mit neutralem Kalenderum z. auf dem Boden der strengen ärztlich-wissenschaftlichen Forschung stehend, die in populärer Form erklärt wird. Preis nur 50 \mathcal{A} . Der Vertrieb des Kalenders für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder hat die Münchener Volksbuchhandlung, Sendlingerstr. 20.

Jahrbuch 1907 des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Selbstverlag des Verbandes, Stuttgart, Ulmerstr. 43. Großformat 362 Seiten. Gebunden \mathcal{M} 2,50, broschiert \mathcal{M} 2 pro Exemplar.

Von der Romanbibliothek „In Freien Stunden“ — Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68 — liegen uns die Hefte 32 und 33 vor. Wie uns der Verlag mitteilt, ist die Abonnentenzahl der Zeitschrift „In Freien Stunden“ in letzter Zeit wesentlich gestiegen. Es kann das als ein erfreuliches Zeichen dafür angesehen werden, daß die Bedeutung guter Unterhaltungsliteratur in immer weitere Kreise des Klassenbewußten Proletariats dringt.

Der Preis für das 24 Seiten starke Heft beträgt 10 \mathcal{A} und ist durch alle Kolporteurs und Parteibuchhandlungen zu beziehen.

Briefkasten.

Aten. Anonyme Anfragen werden nicht beantwortet.
Thohor. St. Inferat, betr. Lunden, nehmen wir nicht auf.
Thorn. Am Namen ändert die Verurteilung zu Buchstabenstraße nichts, und jene Veränderung gehört zum Namen.

Wittenberg, W. Th. Eine Verpflichtung dazu werden die Kassen wohl kaum haben; wenn aber der Klassenrat eine solche für notwendig hält, wird sie dem Erkrankten wohl von dem in Betracht kommenden Vorstande gewährt werden. Wenn Aussicht auf Genesung vorhanden ist, ist es auch nicht ausgeschlossen, daß die Versicherungsanstalt das Heilverfahren übernimmt, so daß dann dem Erkrankten oder seiner Familie die volle, von der Kasse zu leistende Krankenunterstützung verbleibt.

W. M. A. Anonyme Anfragen beantworten wir nicht.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Berlin. (Sektion der Gips- und Zementbrände). Am 20. August starb unser Kollege **Fritz Leonhardt** im Alter von 41 Jahren an Lungenleiden.
Dortmund-Marien. Am 17. August starb nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied **Ludwig Hanke** im Alter von 52 Jahren an Nierenmar-entzündung.
Erlangen. Am 14. August starb unser treuer Kollege **Johann Georg Drechsler** im Alter von 69 Jahren an Leberleiden.
Jena. Am 20. August verschied nach kurzem Krankenlager unser treuer Verbandskollege **Georg Rohrmund** im 51. Lebensjahre an Lungenentzündung.
Mag. Am 12. August starb unser Kollege **Ludwig Lang** infolge eines Unfalles.
Ostern a. S. Am 18. August starb unser Kollege **Wilhelm Armbrrecht** im Alter von 57 Jahren an Lungenentzündung.
Seitenberg. Am 19. August starb unser Kollege **Ernst Sparfeld** im Alter von 42 Jahren an Magenkatarrh.
Seitgart. Am 16. August starb unser Mitglied **Wilhelm Roth** aus Pattenhardt im Alter von 30 Jahren an Lungenleiden.
Weimar. Am 8. August verunglückte unser jugendlicher Kollege **Gang** und erlag nach dreitägiger Verwundung seinen Verletzungen.
Ehre ihrem Andenken!

Der Maurer **Redsch** (Verb.-Nr. 276 878), geboren in D r n o f, oder Kollege, die dessen Aufenthalt kennen, werden ersucht, seine Adresse an den Unterschriften gelangen zu lassen.
H. Tiedemann, Zweigvereinsleiter in Herten, [M. 1,50] Schmiedestraße.

Carl Hänsel aus D a m g a r t e n i. P o m m. hat seine Frau und Kinder heimlich verlassen. Kollegen, denen der Aufenthalt Hänsels bekannt ist, mögen dies dem Zweigvereinsvorsitzenden **Wih. Reimer** in Ribitz, Büttelstraße 291 mitteilen. [M. 1,50]

Ludwig Steckel, geboren am 1. Oktober 1879 zu Horn, Kreis Mönchengladbach, Ostpreußen, wird gesucht. Es handelt sich um dringende Familienangelegenheiten.
Nachricht erbittet
Frau **Lina Seelhaase**, Berlin, Kopernikusstraße 28. [M. 1,50]

Königshütte. Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist: **Adolf Bngiel**, Bergfreiheitstraße 53, 3. Et.; des Kassierers: **Albert Moczyska**, Peterstr. 19a. [M. 1,20]

Schweinfurt. Die Adresse des 1. Vorsitzenden **Baptist Schmitt** ist Klingenbergstr. 13, 1. Et.

Spremberg.

Sonntag, den 6. September 1908:

Nachfeier vom Stiftungsfest in Trattendorf.

Es ist Pflicht, daß sich jeder Kollege daran beteiligt.

[M. 3]

Der Vorstand.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Mittwoch, den 26. August.

Rastenburg. Abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal, Schulstraße.

Sonabend, den 29. August.

Heringen a. d. Helme. Abends 8 Uhr bei Weidemanns Wanne.

Sonntag, den 30. August.

Lychen. Nachm. 3 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Pasewalk. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Schkeuditz. Nachm. 3 Uhr bei Eichmüller. Verhandlung über das am 6. September stattfindende Sommerfest.

Templin. Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Kretzsch, „Rathhof“.

Dienstag, den 1. September.

Eisleben. Abends 7 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Heide. Abends 8 Uhr bei Witz, Off.

Donnerstag, den 3. September.

Königshütte. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftslokal, Klingstr. 3. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Dienstag, den 8. September.

Ilzeho. Die Versammlung findet nicht am 1. September, sondern am 8. September statt.

Mittwoch, den 9. September.

Wittenberg. Abends 6 1/2 Uhr Mitgliedsversammlung.

Steinholzleger.

Mittwoch, den 2. September.

Berlin u. Umgegend. Bei Senfener, Dragonerstr. 16. Versammlung mit Frauen. 7-8. 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.